

16 WEGE ZU MEHR JUGENDGERECHTIGKEIT

Gelingsbedingungen für jugendgerechte Kommunen

I. GRUSSWORTE UND EINLEITUNG

EINLEITUNG

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Engagierte für die Jugendgerechte Kommune,**

„Jede Kommune ist anders.“ Dieser Satz hat nicht nur den dreijährigen Prozess zur *Jugendgerechten Kommune* begleitet, sondern ist auch das Leitmotiv dieser Broschüre: 16 Referenzkommunen in ganz Deutschland, die sich in Größe, Bevölkerung, Verwaltungsstruktur, finanzieller Ausstattung, Infrastruktur und vielen anderen Punkten unterscheiden, haben sich von 2015 bis 2018 gemeinsam einem Ziel gewidmet: Sie wollen jugendgerechter werden.

Viele Erkenntnisse wurden aus diesem Engagement und aus gemeinsamen Peer-Learning-Seminaren, dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag 2017 und unzähligen persönlichen Begegnungen und Gesprächen gewonnen – darüber wie es gelingen kann, Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu gestalten, aber auch darüber, wo große Hürden und Herausforderungen dafür liegen.

Die Eigenständige Jugendpolitik in kommunale Strategie zu übersetzen, war nicht nur spannend für die Teilnehmenden selbst, sondern ist es auch weiterhin für Interessierte und Beobachtende verschiedener Ebenen. Wir sind der Meinung, dass viele identifizierte Erfolgsfaktoren nützlich sein können für alle Kommunen, die eine jugendgerechte Haltung implementieren möchten – natürlich jeweils angepasst an den jeweiligen lokalen Kontext. Dies ist die zweite deutsche Fassung der „Gelingensbedingungen für Jugendgerechte Kommunen“, welche mittlerweile auch in englischer Sprache erschienen ist.

Wie kann Jugendgerechtigkeit gelingen? Welche Bedingungen müssen dafür vorliegen? Welche Akteure und Akteurinnen, welche Verantwortlichen sollten mit an Bord sein? Wie können Ergebnisse festgehalten, wie Prozesse optimiert werden? Wie haben die 16 Referenzkommunen das ganz praktisch gelöst und wie können die anderen ca. 11.000 Kommunen in Deutschland davon lernen, auch wenn eben keine Kommune der anderen gleicht? Die Gelingensbedingungen für Jugendgerechtigkeit, die wir Ihnen hier vorstellen, sind keine abgeschlossene Liste mit Anspruch auf Vollständigkeit; vielmehr möchten wir aufzeigen, wie jenseits von Leuchtturm-Projekten und Best-Practice-Beispielen Erfolge erzielt werden können, wenn alle Beteiligten auf kommunaler Ebene sich zu einem Ziel bekennen: der Jugend gerecht werden.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre,

Ihr Team von
Jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie suchen Antworten auf die Frage, wie Ihre Kommune jugendgerecht(er) werden kann? Mit dieser Broschüre können Sie an einem großen Erfahrungsschatz teilhaben, zusammengetragen in einem dreijährigen Prozess mit 16 unterschiedlichen Kommunen. Als Bundesjugendministerium setzen wir uns ein für eine jugendgerechte Gesellschaft, und zwar überall: in Dörfern und Quartieren, in Städten und Großstädten, in Regionen und Metropolregionen. Deshalb haben wir den bundesweiten Prozess Jugendgerechte Kommunen mit der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* der AGJ durchgeführt. Dabei ging es nicht darum, die »jugendgerechteste Kommune Deutschlands« zu krönen, sondern Konzepte zu entwickeln, zu erproben und umzusetzen, die auf die unterschiedlichen Bedingungen vor Ort passende Antworten geben. Allen Referenzkommunen gemeinsam war das Ziel, verlässliche Strukturen und Bündnisse zu schaffen. Bündnisse, die dazu beitragen, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich wohlfühlen, dass sie Bildungsangebote nutzen, dass sie sozial teilhaben und demokratisch mitwirken. Die Bilanz dieses Prozesses halten Sie in Händen.

Mit den vielen guten Beispielen werben wir für ein positives und ganzheitliches Verständnis von Jugendpolitik auf kommunaler Ebene. Jugendpolitik ist insbesondere dann erfolgreich, wenn Jugendliche stetig einbezogen werden und es eine echte Partizipationskultur gibt. Im Laufe des Prozesses *Jugendgerechte Kommunen* hatte ich persönlich mehrmals die Gelegenheit, mit Jugendlichen der Referenzkommunen ins Gespräch zu kommen und mir ein Bild von der Arbeit vor Ort zu machen.

Die Erfolge der Referenzkommunen zeigen, dass es sich lohnt, den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit gemeinsam zu gehen. Indem wir Jugendliche stärken und ihre Beteiligung verbessern, stärken wir unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, unsere Demokratie und machen auf diese Weise Deutschland spürbar stärker.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei allen bedanken, die den Prozess unterstützt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Team der Koordinierungsstelle. Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre und nützliche Anregungen – für eine Politik für, mit und von Jugend.

Ihre

Caren Marks

*Parlamentarische Staatssekretärin bei der
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Gesellschaft, die die Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen in den Mittelpunkt stellt, kann nur dann Realität werden, wenn sich alle gesellschaftlichen Akteure dafür verantwortlich sehen.

Auf dem Weg zu einer jugendgerechten Gesellschaft kann die Kinder- und Jugendhilfe vielfältige Chancen für junge Menschen bieten. Sie gestaltet Orte des Aufwachsens, berät, unterstützt und hilft.

Eine Eigenständige Jugendpolitik versteht die Altersphase von 12 bis 27 Jahren als prägenden, eigenständigen Lebensabschnitt. Sie lenkt die politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die Anliegen und Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik (2011-2014) war als breiter Dialogprozess angelegt, den die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ umgesetzt hat. Basierend auf den Ergebnissen dieser Entwicklungsphase war es ein erklärtes Ziel, diese in der Fläche zu konkretisieren. Dabei stehen Verbesserungen der Lebenslagen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor Ort und deren unmittelbare Beteiligung im lokalen Raum im Mittelpunkt.

Mit dem Ende 2014 begonnenen Prozess *Jugendgerechte Kommunen* sollten die Grundsätze und Handlungsbedarfe einer Eigenständigen Jugendpolitik bundesweit verbreitet und gezielt auf die kommunale Ebene gebracht werden. Begleitet wurde diese Arbeit vom Planungstab der Koordinierungsstelle, deren Mitgliedern wir für ihre wichtige Unterstützung herzlichst danken. Ziel des Vorhabens war es, die Erarbeitung von Strategien für eine jugendgerechte Gesellschaft und Politik vor Ort zu unterstützen. Unser Anliegen war es zudem, unterschiedliche Regionen und Kommunen in einen Austausch zu bringen, um die Chance zu eröffnen, dass Akteure der kommunalen Ebene voneinander lernen und junge Menschen ihre konkreten Erfahrungen kommunizieren, mit anderen teilen und neue Ideen aufgreifen können. An dieser Stelle möchten wir uns als Projektträger herzlich bei allen kommunalen Akteuren vor Ort bedanken, die sich mit großem Engagement in den Begleit- und Peer-Learning-Prozess begeben haben.

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe übernehmen Kommunen eine zentrale, unverzichtbare Aufgabe – ihr Auftrag ist es, gute Bedingungen für das Aufwachsen aller jungen Menschen zu schaffen sowie Zukunftschancen zu gewährleisten. Der Prozess *Jugendgerechte Kommunen* hat verdeutlicht, was vor Ort bewegt werden kann und wie Jugendinteressen in den kommunalpolitischen Blick gerückt werden können. Wir freuen uns, dass die Erkenntnisse aus den Jugendgerechten Kommunen nun mit der vorliegenden Publikation Verbreitung finden und hoffen, dass hierdurch auch andere Kommunen motiviert werden, sich auf den Weg zu einer jugendgerechten Kommune zu machen.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre.

Prof. Dr. Karin Böllert

Vorsitzende der AGJ

Liebe Leserinnen und Leser,

bereits zu Beginn des Prozesses *Jugendgerechte Kommunen* war klar: Jugend ist für Kommunen ein zentrales Zukunftsthema – und gerade deswegen verlangt es Handeln im Heute. Sechzehn, sehr unterschiedliche Kommunen haben sich auf den Weg gemacht, um ganz konkret die Rahmenbedingungen in ihrem Gemeinwesen jugendgerechter auszugestalten. Die Kommunalen Spitzenverbände haben diese Entwicklungen in den Referenzkommunen mit großem Interesse verfolgt. Welche konkreten Weichenstellungen führen dazu, dass eine Kommune ihrer Jugend gerecht wird? Wer gehört zu den relevanten Akteuren? Wie können Veränderungen nachhaltig angegangen und Zielstrategien verankert werden? Die vorliegende Broschüre zeigt nun konkrete Gelingensbedingungen auf, die für viele andere Kommunen hilfreiche Referenzen sein können, seien es große Städte oder ländliche Gemeinden und Landkreise.

Die engagierte Arbeit der sechzehn beteiligten Kommunen ist in diese Bestandsaufnahme eingeflossen. Deutlich wird, dass sich Jugendpolitik in eine gesamtstrategische Kommunalpolitik einbetten sollte und kommunale Entscheidungsprozesse die Interessen von Jugendlichen umfassend berücksichtigen sollten. Für eine jugendgerechte Politik müssen sich daher verschiedene Politikfelder vor Ort zusammenfinden und Zielstellungen müssen mehr lebenswelt- und sozialraumorientiert angegangen werden.

Jugendpolitik ist nicht nur ein wesentlicher Faktor zur Zukunftsorientierung, sondern ein zentrales Handlungsfeld für die bedarfsgerechte Gestaltung einer Kommune in der Gegenwart. Die Herausforderungen für die Kommunalpolitik sind in den vergangenen Jahren nicht weniger geworden, seien es Themen wie Kita-Ausbau oder Migration und Integration. Die Erkenntnisse aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommune* geben jedoch Anlass, allen Entscheidungstragenden zu verdeutlichen, warum das Thema Jugendpolitik dennoch nicht warten kann.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Stefan Hahn

Deutscher Städtetag

Jörg Freese

Deutscher Landkreistag

Uwe Lübking

Deutscher Städte- und Gemeindebund

II. DER BUNDESWEITE PROZESS

Jugendgerechte Kommunen ²⁰¹⁵⁻²⁰¹⁸

Eigenständige Jugendpolitik gemeinsam gestalten

Die *Eigenständige Jugendpolitik* folgt dem Grundsatz, dass die Lebensphase Jugend besonderer politischer Aufmerksamkeit bedarf und fordert dazu auf, gesellschaftliches und politisches Handeln nach den Interessen von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen auszurichten. Diesem Grundsatz folgend, muss Jugendgerechtigkeit überall, auf allen Ebenen, berücksichtigt werden, um politische Wirkung zu entfalten. Ein Anspruch ist zudem die ressortübergreifende Vernetzung mit anderen Politikfeldern. Um die Grundsätze einer Eigenständigen Jugendpolitik auf kommunaler Ebene zu konkretisieren und strategisch zu erproben, wurde der bundesweite Prozess *Jugendgerechte Kommunen* initiiert.

16 kommunale Wege zu mehr Jugendgerechtigkeit

16 Referenzkommunen aus dem gesamten Bundesgebiet machten sich von 2015 bis 2018, begleitet von der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*, auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Jede Kommune hat ganz eigene Rahmenbedingungen aufgrund ihrer geografischen Lage, ihrer Größe, ihrer politischen und gesellschaftlichen Verfasstheit sowie weiterer prägender Faktoren.

So unterschiedlich die finanziellen, strukturellen oder personellen Voraussetzungen für jugendpolitische Veränderungen sind – die 16 Kommunen eint die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft jugendgerechter werden muss. In Städten, Dörfern, Gemeinden und Landkreisen gestalteten kommunale Akteure, gemeinsam mit Jugendlichen und den politisch Verantwortlichen, je eigene Prozesse mit individuellen Zielen. Dahinter steht der Grundsatz, dass die Kommunen die Lebensrealitäten dort, wo die Jugendlichen leben, am besten gestalten und die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen vor Ort bedarfsgerecht verbessern können.

Referenzkommunen

Von der Ostsee bis zum Schwarzwald, vom Münsterland bis zum Elbe-Elster-Kreis, der folgende Überblick zeigt die sechzehn Referenzgemeinden, die am Prozess der Jugendgerechten Kommunen teilgenommen haben.

BAD SEGEBERG

Bundesland Schleswig-Holstein
Bevölkerung ca. 17.000
www.bad-segeberg.de

BEZIRK TEMPELHOF-SCHÖNEBERG, BERLIN

Bundesland Berlin
Bevölkerung ca. 345.024
www.berlin.de

BREMERHAVEN

Bundesland Bremen
Bevölkerung ca. 119.709
www.bremerhaven.de

DREIEICH

Bundesland Hessen
Bevölkerung ca. 44.000
www.dreieich.de

FINSTERWALDE

Bundesland Brandenburg
Bevölkerung ca. 17.175
www.finsterwal.de

FÜRTH

Bundesland Bayern
Bevölkerung ca. 124.171
www.jugendarbeit.fuerth.de
www.echt-fuerth.de

HANNOVER

Bundesland Niedersachsen
Bevölkerung ca. 537.738
www.hannover.de
(Jugend lebt Stadt)

STADTTEIL BARMBEK-NORD, HAMBURG-NORD

Bundesland Hamburg
Bevölkerung ca. 40.231
www.hamburg-nord.hamburg.de

LEIPZIG

Bundesland Sachsen
Bevölkerung ca. 588.621
www.leipzig.de

LANDKREIS MERZIG-WADERN

Bundesland Saarland
Bevölkerung ca. 103.520
www.merzig-wadern.de/Bildung-Jugend/Jugendarbeit

NAUMBURG

Bundesland Sachsen-Anhalt
Bevölkerung ca. 33.675
www.naumburg.de

ROSTOCK

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern
Bevölkerung ca. 206.000
www.rostock.de

LANDKREIS SÖMMERDA

Bundesland Thüringen
Bevölkerung ca. 70.600
www.lra-soemmerda.de

KREIS STEINFURT

Bundesland Nordrhein-Westfalen
Bevölkerung ca. 437.127
www.kreis-steinfurt.de

TRIER

Bundesland Rheinland-Pfalz
Bevölkerung ca. 113.988
www.trier.de

NACHHALTIGKEITSREGION FÜNF G

Aldingen, Deisslingen, Denkingen,
Frittlingen und Wellendingen
Bundesland Baden-Württemberg
Bevölkerung ca. 20.800
www.n-region-5g.de

Einblicke in den Kommunalprozess: Vorgehen und Akteure

Um den ganz unterschiedlichen Herausforderungen und Besonderheiten der beteiligten Kommunen gerecht zu werden, bedurfte es jeweils eines eigenen Fahrplans. Grundlegend für die Prozessplanungen in den Kommunen war eine Bestandsanalyse – die Kommunen waren gebeten, anhand von Leitfragen, unter Mitwirkung von Jugendlichen und in Zusammenarbeit mit weiteren lokalen Akteuren, den Ist-Stand vor Ort aufzubereiten. Auf dieser Grundlage wurden systematisch die Situation vor Ort betrachtet und Handlungsbedarfe festgestellt, die zur Verabredung gemeinsamer Ziele, Schwerpunktthemen und letztlich eines Prozessplanes für den Zeitraum von 2016 bis 2018 führten. Im Zusammenspiel von Jugendlichen, Fachkräften, Politik und Verwaltung wurden so individuelle, auf die jeweiligen Bedarfs- und Ressourcenlagen vor Ort angepassten Pläne für mehr Jugendgerechtigkeit erarbeitet. Die Zusammensetzung der involvierten Netzwerkakteure war von Kommune zu Kommune sehr verschieden; in der Regel waren das Jugendamt und

Träger der freien Jugendhilfe vertreten. In einzelnen Kommunen wurden von Beginn an auch Mitglieder der Kommunalparlamente, leitende Mitglieder der Verwaltungsspitze, Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Fachbereiche, der Wirtschaft und städtischer Versorgungsunternehmen, Mitarbeiter/-innen der Agentur für Arbeit, der Schulen, der Jugendringe, Jugend- und Vereinsvertreter/-innen, Stiftungen und weitere Akteure involviert. Neben der Orientierung an den Jugendinteressen wurde in den Prozessen vor Ort unter anderem die strukturelle Verankerung von Jugendgerechtigkeit in den Blick genommen, um die Kommunalpolitik nachhaltig jugendgerecht auszurichten. Die Koordinierungsstelle unterstützte die Kommunen bei der Prozessplanung und bei Veranstaltungen vor Ort. Die Beteiligung von Jugendlichen an der Umsetzung war, von Beginn an, ein festes Element der regionalen Aktivitäten.

Fachaustausch und Qualifizierung

In einem gemeinsamen Peer-Learning-Prozess hatten die kommunalen Akteure gemeinsam mit Jugendlichen die Gelegenheit, themenbezogen voneinander zu lernen. Die konkrete Arbeit sowie die Kernthemen und besonderen Herausforderungen der Kommunen wurden in fünf Seminaren thematisiert, die sowohl Fortbildungscharakter hatten als auch Orte des Austauschs für die Kommunen boten. Fragen, die hier gemeinsam bearbeitet wurden waren beispielsweise,

wie Jugendbeteiligung etabliert und eine alltägliche Beteiligungskultur hergestellt werden kann und was nötig ist, um Jugendpolitik als Querschnittsthema zu verankern. Am Qualifizierungsangebot nahmen jugendliche und erwachsene Vertreterinnen und Vertreter zusammen teil. Mehr Informationen zu den Inhalten des Peer-Learning-Prozesses finden sich auf der Webseite jugendgerecht.de.

Zentrale Handlungsbedarfe der Referenzkommunen

- Jugendbeteiligung gemeinsam mit Jugendlichen gestalten, etablieren und legitimieren – Jugendliche ernst nehmen und eine alltägliche Beteiligungskultur herstellen
- Jugendpolitik als Querschnittsthema verankern und in alle Fachbereiche bringen – für eine gemeinsame Haltung und Handlung aller Akteure und Fachbereiche wirken
- Wertschätzung und Respekt: Jugendliches Engagement anerkennen, eine realistische Darstellung und Wahrnehmung von Jugendlichen in Politik, Medien und Öffentlichkeit fördern
- Information, Kommunikation & Transparenz: jugendrelevante Angebote, Rechte und Themen bündeln, Aufbereitung in jugendgerechter Sprache, neue Zugänge und Kommunikationswege schaffen, Dialog zwischen Politik und Jugend herstellen
- Bündnis für Jugend – lokale Akteure vernetzen: Jugendliche, Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, Verwaltung, Politik, Schulen, Wirtschaft, Wohnungsgesellschaften, Flüchtlingshilfe, Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften etc.
- Mobilität: z.B. alternative Mobilitätskonzepte erarbeiten, besonders relevant für dünn besiedelte Kommunen
- Räume: eigene Räume für Jugendliche anbieten und Mitgestaltung ermöglichen
- Wohnen: akzeptablen Wohnraum für Jugendliche ohne großes Einkommen schaffen
- Budget: u. a. mehr finanzielle und personelle Ressourcen, insbesondere im Arbeitsfeld der Jugendarbeit, zur Verfügung stellen
- Vernetzung von Schulen, Akteuren der Bildungslandschaft und Jugendberufsagenturen vor Ort

Merkmale Jugendgerechter Kommunen

Viele Bereiche, die Jugendliche direkt betreffen, werden kom-munal beraten und entschieden – das gilt sowohl für Frei-zeitangebote, als auch für Bau- und Infrastrukturplanungen, für Bildung und Ausbildung. Die Bedürfnisse von Jugendli-chen und jungen Erwachsenen sollten bei allen Prozessen be-rücksichtigt werden, die ihre gegenwärtigen und zukünftigen Lebenslagen betreffen.

Zentrale Aspekte zur Beschreibung von Jugendgerechtigkeit wurden bereits 2014, zum Ende des Entwicklungsprozesses der *Eigenständigen Jugendpolitik*, als Merkmale Jugend-gerechter Kommunen dargelegt und für die Referenzkom-munen in Leitfragen übersetzt. Die Merkmale bilden die Lebenswelt Jugendlicher ressortübergreifend ab und sind daher in vier Handlungsfeldern verortet, die zu einem brei-ten Verständnis von Jugendgerechtigkeit anregen:

- Heimat für Jugend sein: Räume und Wege eröffnen
- Zukunft bieten: Bildung und Arbeit ermöglichen
- Politik mit und von Jugend unterstützen: Teilhabe anbieten, Beteiligung ermöglichen, Vielfalt schätzen
- Strukturen für Jugend verbessern: Leitlinien, Qualifizierung und Bündnisse verankern

Die vorliegenden Merkmale liefern wichtige Ausgangspunkte für die Konzeption von kommunalen Gestaltungsprozessen. Die Referenzkommunen nutzten sie als Handlungsgrundlage für ihre eigenen Betrachtungen und Entwicklungsprozesse.

HEIMAT FÜR JUGEND SEIN: RÄUME UND WEGE ERÖFFNEN



Jugendliche und junge Erwachsene erleben ihre Kommune auf eine ganz eigene Art und Weise. Sie haben Erwartungen an den öffentlichen und privaten Raum, die nicht immer mit den Vorstellungen von älteren Menschen übereinstimmen. Gleichzeitig haben sie oft nur geringe eigene Ressourcen, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Sie sind daher auf Kreativität und Unterstützung seitens der Kommune angewiesen.

- Jugendliche leben gerne in der Kommune, sie identi-fizieren sich, bleiben oder kommen wieder.
- Die Kommune hat Platz für Jugendliche. Sie haben eigene Räume, die ihren Bedürfnissen nach Freizeit, Spiel und Erholung gerecht werden. Diese Räume gibt es sowohl in Jugendzentren als auch in selbst ver-walteten Formen, die nach Bedarf von der Kommune unterstützt werden. Diese Räume sind in den Kom-munen gut erreichbar.
- Akzeptabler Wohnraum ist auch für Jugendliche ohne großes Einkommen verfügbar.
- Jugendliche sind in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar, sie werden respektiert und wertgeschätzt. Es gibt eine lebendige Jugendkultur.
- Jugendlichen wird ein Perspektivwechsel durch die Unterstützung grenzüberschreitender Mobilität ermöglicht.
- Jugendliche Mobilitätsanforderungen werden bei Ver-kehrsplanung und ÖPNV-Ausbau vor Ort erfragt und berücksichtigt. Ein schneller Internetanschluss sichert die Verbindung Jugendlicher über ihre Ortsgrenzen hinweg.

ZUKUNFT BIETEN: BILDUNG UND ARBEIT ERMÖGLICHEN



Jugendliche brauchen Perspektiven und Angebote, um ihren eigenen Weg zu finden und ihren Interessen nachgehen zu können. Sie lernen nicht nur in der Schule, sondern auch an außerschulischen Bildungsorten in ihrer Freizeit. Und sie brauchen die Zuversicht, dass ihre (berufliche) Zukunft aussichtsreich ist und von ihnen selbst gestaltetet werden kann.

- Alle Jugendlichen haben Zugang zu schulischen und außerschulischen Lern- und Bildungsangeboten. Dazu gehören neben den Angeboten der Träger der freien und der öffentlichen Jugendhilfe und der Jugendorga-nisationen auch die Angebote der Sportvereine. Zum Zugang gehört auch eine möglichst gute Erreichbarkeit dieser Lern- und Bildungsorte. Erschwerte Zugänge durch finanzielle Situationen und soziale Herkunftfe werden durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen.
- Die Kommune engagiert sich für eine möglichst nied-rige Jugendarbeitslosigkeit. Dafür arbeiten Schulen, Unternehmen und Politik zusammen. Im Austausch mit Berufserfahrenen und über Praktika lernen Schülerinnen und Schüler die Arbeitswelt frühzeitig kennen und er-halten Beratung und Unterstützung bei der Suche nach Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätzen. Die Schu-len vernetzen sich mit den Trägern der freien und der öffentlichen Jugendhilfe, die informelle und non-formale Bildung anbieten.

POLITIK MIT UND VON JUGEND UNTERSTÜTZEN: TEILHABE ANBIETEN, BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN, VIELFALT SCHÄTZEN



Die Jugend gibt es nicht. Jugendliche haben individuelle Interessen und Bedürfnisse, ihre Lebenswelten sind vielfältig. Sie wollen sich einbringen und ihre Umgebung mitgestalten. Sie wollen gesehen, gefragt und gehört werden.

- Jugendliche können und sollen in der Kommune teilhaben. Sie wissen, welche Personen dafür verantwortlich sind, Informationen werden einfach zugänglich bereit gestellt, und Beteiligungsformate für alle Jugendlichen sind verankert und etabliert. Junge Menschen werden in Planungen, Entwicklungen und Entscheidungen der Kommune verbindlich einbezogen. Sie haben Gestaltungsmacht und werden ernst genommen.
- Die Vielfalt der Jugendlichen wird gesehen, wertgeschätzt und berücksichtigt, ungeachtet ihres sozialen Hintergrunds, ihres Bildungsgrads, ihrer körperlichen Verfassung oder ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Vielfalt, auch von geflüchteten Jugendlichen. Vorurteile werden durch Begegnungen und engen, regelmäßigen Kontakt zwischen Politik und Jugend abgebaut.
- Es gibt geregelte Beschwerdeverfahren für Jugendliche. Sie kennen ihre Rechte und werden bei der Umsetzung ihrer Rechte unterstützt.

STRUKTUREN FÜR JUGEND VERBESSERN: LEITLINIEN, QUALIFIZIERUNG UND BÜNDNISSE VERANKERN



Jugendliche erwarten verlässliche Strukturen und verbindliche Zusagen. Deshalb braucht eine jugendgerechte Kommune Strategien, die Nachhaltigkeit garantieren. Dazu gehören Qualifizierungsmaßnahmen für Politik und Verwaltung ebenso wie die Gründung eines breiten Bündnisses für Jugend, das Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft mit einbezieht.

- Jugendpolitik ist ein wichtiges Thema in der Kommune. Dafür wird ein eigenes Budget bereitgestellt. Die Kommune hat ein Leitbild *Jugendgerechtigkeit*, welches regelmäßig überprüft und angepasst wird, um Änderungen der Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen gerecht zu werden. Der Grad der Jugendgerechtigkeit einer Kommune braucht zudem fest verankerte Strukturen und viele Partner.
- Bei allen jugendrelevanten Angelegenheiten werden jugendliche Belange sowie ihre Zukunftsinteressen berücksichtigt. Dafür braucht Jugendpolitik eine gemeinsame Strategie der politischen Ressorts.
- Politik und Verwaltung bilden sich regelmäßig zu Jugendbeteiligung und jugendlichen Lebenswelten weiter.
- Alle relevanten Akteure (z.B. Jugend, Schule, Vereine/Verbände, Wirtschaft, lokale Medien, Politik und Verwaltung) wirken zusammen in einem Bündnis für die Jugend vor Ort. Dieses soll stabil und kurzfristig handlungsfähig sein.
- Jugendhilfeplanung bezieht alle Lebensbereiche junger Menschen ein. Die Anliegen Jugendlicher werden auch in andere Planungsprozesse einbezogen.

III. JEDE KOMMUNE IST ANDERS

Gelingsbedingungen für eine Jugendgerechte Kommune

Gelingsbedingungen

16 Kommunen – das sind 16 und noch mehr Wege zu und Vorstellungen von mehr Jugendgerechtigkeit. Es gibt also nicht das eine, richtige Modell, das für alle Kommunen zur Anwendung kommen kann. Es sind viele Faktoren, die einen Einfluss darauf haben, wie eine Kommune jugendgerechter werden kann: Ist sie eine Großstadt – oder eine kleine Kommune im ländlichen Raum? Wird jugendliches Engagement eher ehrenamtlich getragen – oder gibt es hauptamtliche Unterstützung? Gibt es ein breites Bündnis aus Menschen und Institutionen, die gemeinsam für Jugendgerechtigkeit eintreten? Ist eine Kommune finanziell gut ausgestattet – oder gibt es wirtschaftliche Herausforderungen? Welches Jugendbild herrscht in der Kommune vor? Auf welche Grundbedingungen trifft das Vorhaben, den Fokus des politischen Handelns auf Jugend vor Ort zu legen?

Die Kommunen sind deshalb nicht als 16 Modellkommunen oder Leuchttürme zu verstehen. Bei der Auswahl im Jahre 2015 wurde darauf geachtet, möglichst die gesamte Bandbreite der kommunalen Vielfalt in Deutschland abzubilden, auch in Bezug auf die unterschiedlich ausgeprägten Strukturen

im Jugendbereich. Das Projekt *Jugendgerechte Kommune* war deshalb von Beginn an als ein Peer-Learning-Prozess konzipiert, im Rahmen dessen die Kommunen bei aller Unterschiedlichkeit voneinander und miteinander lernen und eigene Ideen und Projekte aus dem, was bereits vor Ort lief, entwickeln konnten. Diese 16 Kommunen sind aufgrund ihrer Verschiedenheit mögliche Referenzen für andere Kommunen, die sich auf den eigenen Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit machen wollen – deshalb sind es *Referenzkommunen*. Die Erfahrungen werden im Folgenden als Gelingsbedingungen beschrieben und spiegeln die Erkenntnisse aus den Kommunen wider. Sie sind keine abgeschlossene Liste, sondern eine Bestandsaufnahme nach drei Jahren engagierter Arbeit in den Kommunen und intensivem Austausch im Peer-Learning-Prozess.

1 JUGENDGERECHTIGKEIT IST EINE HALTUNGSFRAGE

Der Erfolg jugendgerechter Strategien in einer Kommune ist nicht nur von eher kognitiven Faktoren wie beispielsweise der Qualität der Argumente oder der Brillanz der Ideen abhängig, sondern auch – und zwar entscheidend – von der Haltung der beteiligten Akteure. Die Grundeinstellung, mit der Politik, Verwaltung, Fachkräfte und auch Jugendliche Herausforderungen angehen, prägt den Blick: Wird vor Problemen kapituliert? Werden kreative Lösungen gesucht? Wird ein Thema hartnäckig und mit Leidenschaft vorgetragen, oder wird schnell resigniert abgewunken? Eine durch jugendgerechte Haltung geprägte Kommune reagiert offen auf die Anliegen Jugendlicher, unterstützt diese beim Eintreten für

ihre Interessen und setzt ihr Wissen und ihre Kompetenz ein, um Lösungen zu finden. Dabei geht es nicht darum, die Anliegen Jugendlicher kritiklos zu übernehmen. Vielmehr tritt eine jugendgerechte Verwaltung als zugewandte, informierte und lösungsorientierte Gesprächspartnerin auf. Diese Grundeinstellung zeigt sich dabei im konkreten Handeln, nicht in bloßen Willensbekundungen. Die gute Nachricht: Eine Haltung ist entwickelbar. Gelingende Begegnungen mit Jugendlichen können helfen, Vorurteile und Klischees abzubauen und jugendliches Engagement als bereichernd und nützlich für die eigene Arbeit in der Kommune zu erkennen.

AUS DER PRAXIS

In den Referenzkommunen war eine große Bandbreite an Haltungen erlebbar. Einige Kommunen hatten bereits zu Prozessbeginn eine ausgeprägte jugendgerechte Einstellung in Politik und Verwaltung, die im Prozessverlauf noch mit neuen Erfahrungen untermauert wurde, andere Kommunen haben durch den Prozess zu einer neuen Haltung gefunden, die näher an den Bedürfnissen junger Menschen ist als vor Prozessbeginn. Dies gelang jedoch nicht überall. Als ein Beispiel für eine bereits vorhandene jugendgerechte Haltung kann die Stadt Dreieich betrachtet werden: Dort gab es 2015 bereits ausgeprägte Erfahrungen mit offener Jugendbeteiligung über Jugendforen. Die Stadt finanziert zudem mehrere Jugendzentren mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, um Jugendlichen mit unterschiedlichen Lebens- und Bedarfslagen passende Angebote zu machen. Zu Prozessbeginn wurde auf Anregung des letzten Jugendforums ein Jugendparlament als dauerhafte Beteiligungsform gegründet. Die Jugendlichen haben die organisatorischen Vorbereitungen gemeinsam mit Mitarbeitern der Jugendförderung der Stadt unternommen, die Stadt wiederum hat dem Jugendparlament Rede- und Antragsrechte im

Sozialausschuss eingeräumt. Das Jugendparlament, welches mittlerweile in der zweiten Legislaturperiode arbeitet, wird als eigenständiges kommunalpolitisches Gremium der Stadt verstanden und durch hauptamtliche Mitarbeiter der Jugendförderung in seiner Arbeit unterstützt. Das Jugendparlament hat sich im Prozess als engagierter Akteur erwiesen und agiert mittlerweile sehr selbstverständlich als Sprachrohr der Jugend in kommunalpolitischen Kontexten. Es steht im Dialog mit Politik und Verwaltung, um die Anliegen der Jugendlichen zur Umsetzung zu bringen. Der politische Wille des Stadtrats und des Bürgermeisters, das von den Jugendlichen gewünschte Beteiligungsformat angemessen auszustatten und zu unterstützen, ohne es dabei zu bevormunden, war dabei sehr förderlich.

Bad Segeberg hat den Prozess genutzt, um Akteure aus Politik und Verwaltung noch einmal neu für das Thema Jugendgerechtigkeit zu sensibilisieren. Auch hier gab es bereits langjährige Erfahrungen mit Jugendbeteiligung in Form eines Jugendbeirats. Im Prozessverlauf konnte das jugendliche Engagement durch professionelle Unterstützung noch einmal fokussiert werden.

Dies führte zu einer höheren Sichtbarkeit der Jugendinteressen sowie zur ernsthafteren Auseinandersetzung und Lösungssuche für Jugendfragen, zu einer Revitalisierung der Beteiligungsstruktur und zur Verstetigung der entsprechenden Personalstelle in der Jugendarbeit. Wichtig für den Erfolg war dabei auch die engagierte Unterstützung des Prozesses durch die Leitung des Sozial- und Kulturausschusses, die das Thema in der Verwaltungsspitze mit persönlichem Engagement einbrachte.

Da Haltung auch aus eigenen Erfahrungen entsteht, war zum Teil bei ausbleibendem unmittelbarem Erfolg eine Resignation der beteiligten Erwachsenen spürbar, die sie auch an die Jugendlichen übertragen haben – „Das hat also wieder mal nicht geklappt“. Ebenso konnte beobachtet werden, dass erwachsene Fachkräfte den Jugendlichen zum Teil suggeriert haben, dass diese ihre Ansprüche niedrig halten sollten, da man ohnehin keine großen Veränderungen erreichen könne. Auch das ist Ausdruck einer durch Erfahrung geprägten Haltung, die jedoch wenig positive Energie in einem Prozess freisetzt.

KURZ UND KNAPP

- Haltung prägt die Erfolgserwartung bei der Bearbeitung von Jugendthemen.
- Durch gute gemeinsame Erfahrungen wirksamer Beteiligungsprozesse kann eine jugendgerechte Haltung entstehen und gefestigt werden.
- Politik, Verwaltung und Fachkräfte mit negativen Erfahrungen oder Einstellungen in Bezug auf Jugendthemen können Bestrebungen für eine jugendgerechtere Kommunalpolitik lähmen.



„Die deutlichste Wirkung des Prozesses Jugendgerechte Kommune in Bad Segeberg ist für mich der Wandel im Bewusstsein der Bad Segeberger gewesen. Jugend ist nun ein wichtiger Partner in der Stadtentwicklung. Den Jugendlichen ist deutlich geworden, dass es Sinn macht, sich für ihre Belange einzusetzen. Politik und Verwaltung nehmen das Engagement junger Menschen ernst. Jugendarbeit ist unverzichtbar für eine nachhaltige und moderne Entwicklung Bad Segebergs.“

DIRK GOSCH
AMT FÜR KULTUR UND TOURISTIK IN BAD SEGEBERG

2 JUGENDGERECHTIGKEIT IST EINE GEMEINSAME AUFGABE

In jeder Kommune sind zahlreiche Menschen direkt oder indirekt mit Jugendlichen befasst. Oftmals haben diese Menschen wenig oder gar keinen Kontakt miteinander, sie wissen zum Teil noch nicht einmal voneinander. Jugendgerechtes Handeln in einer Kommune bedeutet auch, dass Netzwerke entstehen, deren Mitglieder ihre Arbeit aufeinander beziehen, voneinander profitieren und ihre Ergebnisse so wirkungs-

voller und effektiver auf die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hin ausrichten. Die Errichtung und Aufrechterhaltung dieser Netzwerke ist jedoch mit viel Arbeit verbunden, und es braucht einen Kern, der die Fäden zusammenhält und zur Weiterarbeit motiviert. Netzwerkarbeit benötigt zudem einen verantwortungsbewussten Umgang mit der (bei den meisten Akteuren knappen) Ressource Zeit.

AUS DER PRAXIS

Die Hansestadt Rostock hat mit dem *Bündnis für Jugend* ein großes Netzwerk aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Jugendlichen geschaffen, welches mit thematischen Arbeitsgruppen ein arbeitsfähiges Format gefunden hat, um zwischen den Treffen des gesamten Netzwerks Inhalte weiterzuentwickeln. Das Jugendamt der Stadt hat dabei die Funktion, die unterschiedlichen Fäden zu bündeln und das Netzwerk lebendig zu halten. Hier zeigt sich auch, wie gut ressortübergreifende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene funktionieren kann: Das Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft ist Teil des Bündnisses und hat konkrete Bedarfe junger Menschen in Beteiligungsformate im urbanen Raum übersetzt (zum Beispiel bei der Planung des neuen Stadthafens).

Die Nachhaltigkeitsregion 5G ist ein Zusammenschluss aus fünf benachbarten Gemeinden, die noch dazu aus zwei verschiedenen Landkreisen stammen. Die Nachhaltigkeitsregion hat sich zusammengeschlossen, um ihre Gemeinden für die Herausforderungen der Zukunft und des demographischen Wandels bestmöglich vorzubereiten. Die Zuständigkeit für die Nachhaltigkeitsregion ist direkt bei den jeweiligen Bürgermeistern angesiedelt, die im regen Austausch mit ihren Amtskollegen stehen. Die Verantwortlichen für Jugendthemen, zum Beispiel aus dem Jugendbüro, sitzen ebenfalls regelmäßig mit den Bürgermeistern zusammen, um sich zu gemeinsamen Aktivitäten auszutauschen und zu vernetzen. Da die Anzahl der beteiligten Akteure überschaubar ist, braucht es hier auch keine stark formalisierte Struktur –

die Themen lassen sich im Zwegespräch oder in der gesamten Runde klären.

In anderen Kommunen ist es hingegen trotz Bemühungen nicht vollständig gelungen, alle Akteure einzubinden: So fanden etwa in einer Kommune mehrere Prozesse zu Jugendpolitik und Jugendarbeit parallel zueinander statt, ohne sich aufeinander zu beziehen. In Entscheidungen wurden nicht alle relevanten Akteure des Arbeitsfeldes rechtzeitig einbezogen, was Unverständnis und Resignation und bisweilen auch ernsthafte Konflikte nach sich gezogen hat.

„Eine Kommune jugendgerechter zu machen bedeutet, dass Politik und Verwaltung Jugendliche als eine eigenständige und ernstzunehmende Interessensgruppe innerhalb der Bevölkerung anerkennen. Eine Interessensgruppe mehr berücksichtigen zu müssen, macht die Arbeit von Politik und Verwaltung nicht leichter aber letztendlich profitiert eine Kommune davon, wenn sie von und mit jungen Menschen attraktiv gestaltet wird.“

PATRICK BESSLER
JUGENDPFLEGER IN DREIEICH

KURZ UND KNAPP

- Alle relevanten Akteure müssen identifiziert und zumindest informiert sein, was den Prozess und seine Entwicklungen und Ziele betrifft.
- Netzwerke sollten offen, verbindlich und nachhaltig gestaltet werden, also nicht nur projektbezogen agieren.
- Netzwerkarbeit bedeutet sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen aller Beteiligten.
- Arbeitsformen müssen auf die Situation vor Ort angepasst werden.

3 JUGENDGERECHTIGKEIT BRAUCHT JUGENDLICHE, FACHKRÄFTE, VERWALTUNG UND POLITIK

Die Idee, das Handeln einer Kommune mithilfe eines koordinierten Vorgehens jugendgerechter zu machen und die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, kann an unterschiedlichen Stellen in einer Kommune seinen Ausgangspunkt nehmen – bei den Jugendlichen und den sie begleitenden Fachkräften, die ihren Themen mehr Gehör schaffen wollen, oder bei Verwaltung und Politik, die in Jugendgerechtigkeit eine Chance für ihre Kommune erkennen. Egal, ob ein Prozess bottom-up, also aus

der Jugend vor Ort heraus, oder top-down aus dem Rathaus gestartet wird: Wenn nicht Akteure aus allen vier Fokusgruppen beteiligt werden, fehlen dem Prozess wichtige Perspektiven und Einblicke in die Stadt. Dabei ist es nicht zwingend notwendig, dass sich alle Akteure aus der gleichen Motivation heraus für Jugendgerechtigkeit interessieren – wichtig ist, dass alle Akteure eingebunden werden und Schnittmengen im Handeln finden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen.

AUS DER PRAXIS

In der Stadt Fürth koordiniert das Jugendamt den stetigen Austausch mit Stadtratsmitgliedern, Jugendeinrichtungen und Jugendlichen. Im Prozess waren alle vier Fokusgruppen bei der Status-Quo-Analyse, der Zielformulierung und der abschließenden Auswertung beteiligt und eingebunden. Dazu gab es intensiven informellen Austausch quer durch die Fokusgruppen, unterstützt durch Formate wie *Wortwechsel*, bei dem alle genannten Akteure aktiv partizipierten und sich so auch kennen und schätzen gelernt haben. Dadurch tritt die jugendpolitische Landschaft in Fürth sehr geschlossen und solidarisch auf, wenn es um aktuelle Herausforderungen geht. Auch im Landkreis Sömmerda spielt das Jugendamt eine zentrale Rolle. Dort ist Jugendgerechtigkeit als Thema auf allen Hierarchieebenen präsent und wird aktiv unterstützt. Kontakte zwischen Jugend, Fachkräften und Politik werden aktiv ermöglicht und angeregt

und von allen Beteiligten als sehr wertschätzend wahrgenommen.

In der Hansestadt Rostock sind zahlreiche Akteure mit dem Thema Jugend befasst. Die Stadt hat sehr früh erkannt, dass das geplante Bündnis für Jugend nur gelingen kann, wenn sich alle Fokusgruppen einbringen können. Deshalb sitzen diese bunt gemischt in den thematischen Arbeitsgruppen des Bündnisses, damit dort die Vielfalt der Perspektiven ein möglichst vollständiges Bild der aktuellen Fragestellungen und denkbarer Lösungen ermöglicht.

In Dreieich gab es von Beginn an sowohl engagierte Jugendliche als auch den politischen Willen, sich am Prozess zu beteiligen und Dreieich jugendgerechter zu machen. Die Jugendförderung konnte ihre Doppelrolle als Trägerin von Jugendeinrichtungen und Teil des Jugendamts sinnvoll nutzen,

um hier die Interessen aller Beteiligten zusammenzuführen und sinnvolle neue Partnerschaften zu schließen. Die kurzen Wege in einer mittelgroßen Stadt und das Engagement der Jugendlichen, auch an Sitzungen der Kommunalpolitik teilzunehmen, haben den kooperativen Umgang miteinander befördert. So konnte Vertrauen wachsen, welches auch durch kleinere Krisen nicht nachhaltig beschädigt wurde. In einer Kommune in der ländlichen Gegend gelang es nicht, alle Fokusgruppen einzubinden, und der Prozess blieb größtenteils bei den Fachkräften und dem Jugendamt verortet. Dies war hinderlich für die Umsetzung jugendgerechter Anliegen, einige Ideen sind versandet. Es gelang kaum, Jugendliche über Befragungen hinaus einzubinden, auch politisch entstand kein Veränderungsimpuls.

„Junge Menschen sollen auch in Rostock mehr mitbestimmen können. Nicht nur weil Jugend »Zukunft ist«, sondern weil die jungen Menschen schon jetzt ein wesentlicher Teil der (Stadt-)Gesellschaft sind. Ich freue mich, dass wir das Thema Jugendgerechte Kommune in Rostock themen- und ressortübergreifend angehen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Akteure war ein wichtiger Gelingensfaktor und hat gezeigt, dass alle Seiten dabei wachsen, voneinander lernen und profitieren. Wichtig ist, dass die Jugendlichen ernst genommen werden und den Dialogen und Ideenschmieden auch konkrete Taten und sichtbare Ergebnisse folgen.“

KATRIN SCHANKIN
JUGENDKOORDINATORIN BEIM
ROSTOCKER STADTJUGENDRING

KURZ UND KNAPP

- Die Verwaltung ist oftmals als Mittlerin und Koordinatorin gefordert, um alle Fokusgruppen einzubinden und kontinuierlich zu informieren und ggf. zu aktivieren.
- Wenn einzelne Fokusgruppen nicht am Prozess teilhaben, verringert dies die Umsetzungswahrscheinlichkeit. Dies gilt für jede einzelne der vier Fokusgruppen – Politik, Verwaltung, Fachkräfte, Jugendliche.
- Die Perspektiven auf die Kommune unterscheiden sich deutlich zwischen den einzelnen Fokusgruppen. Jede Perspektive hat ihre Gültigkeit und kann den Prozess bereichern, wenn ein konstruktiver Umgang mit dieser Vielfalt gefunden wird.

4 JUGENDGERECHTIGKEIT MUSS VERANKERT WERDEN

Jugendgerechtes Handeln als Ziel und Prozess entspringt oftmals aus der Motivation einzelner Akteure in einer Kommune, welche sich das Thema zur Aufgabe machen. Diese Initiativen – so löblich sie auch sind – werden zwar oftmals aus dem eigenen Aufgabenbereich abgeleitet, sind jedoch nicht systematisch in Arbeitsplatzbeschreibungen oder Konzepten hinterlegt. Dies macht Strategien für jugendgerechtes Handeln allerdings weniger verbindlich und anfällig für Personalwechsel. Wenn bestimmte Verfahren und Vorstellungen für Jugendgerechtigkeit dauerhaft wirken sollen, müssen diese Verfahren in die Struktur einer Kommune eingeschrieben werden. Die Wege dahin sind sehr unterschiedlich: Das Kom-

munalparlament kann sowohl Leitbilder als auch konkrete Maßnahmen beschließen und über das Haushaltsrecht auch mit Stellen und Finanzierung hinterlegen. Das Bürgermeisterbüro kann über Dienstanweisungen und die Umgestaltung von Strukturen und Gremien (Stabsstellen, ressortübergreifende Arbeitsgruppen, ...) Jugendgerechtigkeit als Maßgabe des kommunalen Handelns setzen. Die Verwaltung kann über die Jugendhilfeplanung, die Sozialraumplanung oder Förder Richtlinien und Zielvereinbarungen, Themen und Arbeitsweisen einbringen und so auch verbindlich für Träger machen, die durch die Kommune finanziert werden.

AUS DER PRAXIS

Die Stadt Hannover hat die dortigen Aktivitäten, unter dem Titel *Jugend lebt Stadt*, in das Stadtentwicklungskonzept 2030 aufgenommen und somit im langfristigen strategischen Handlungsrahmen der Stadt fest verortet. Diese Anbindung verleiht dem Prozess mehr politisches Gewicht und ist zudem mit Haushaltsmitteln unterlegt. Im Kreis Steinfurt wird Jugendgerechtigkeit mit den kreisangehörigen Gemeinden und kreisweiten Akteuren bilateral in Vereinbarungen zwischen dem Kreisjugendamt und den teilnehmenden Kommunen definiert und festgehalten. Diese Form der Selbstverpflichtung macht die je eigenen Ziele im Bereich Jugendgerechtigkeit für Jugendliche und Erwachsene vor Ort transparent; gleichzeitig ist das Kreisjugendamt als Partner in der Selbstverpflichtung in der Lage, bei Bedarf Unterstützung und Beratung anzubieten.

Für die Fortsetzung der eigenen Aktivitäten wird die Verankerung des Vorhabens *Jugendgerechte Kommune* über einen Beschluss des Kreisjugendhilfeausschusses angestrebt. Im Landkreis Merzig-Wadern wird die Ansiedlung der Geschäftsführung des Jugendhilfeausschusses im Sachgebiet Jugendarbeit als sehr positiv für die Verankerung von Jugendgerechtigkeit bewertet.

In Tempelhof-Schöneberg wurden jugendgerechte Merkmale sowohl in der partizipativ erstellten integrierten Jugendhilfeplanung, als auch in der *Rahmenkonzeption Jugendarbeit* festgeschrieben. Jugendgerechtes Handeln ist dadurch automatisch Teil der Zielvereinbarungsprozesse mit den Fachkräften, politisch bestätigt durch den Jugendhilfeausschuss, angebunden an Jugendliche, über die Beteiligung

des Kinder- und Jugendparlaments und koordiniert und umgesetzt durch die Verwaltung.

Auch in Trier findet sich der Ansatz, Jugendgerechtigkeit ganz konkret in die alltägliche Arbeit einfließen zu lassen. So ist Jugendbeteiligung (als ein Merkmal jugendgerechter Kommunen) nun eine Vorgabe in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Stadt mit freien Jugendhilfeträgern.

In den fünf, zur Nachhaltigkeitsregion 5G zusammengeschlossenen, Gemeinden in Baden-Württemberg, wurden im Zuge der Verankerung von Jugendgerechtigkeit in allen Gemeinderäten Beschlüsse gefasst, die eine weitere Beschäftigung mit Jugend in der Kommune sichern und damit auch den politischen Willen der Beteiligten ausdrücken.



„Die Teilnahme am Prozess Jugendgerechte Kommune war für uns sehr wertvoll. Für Verwaltung und Gemeinderat ergab sich eine ganz neue Perspektive auf die Lebensrealität der Jugendlichen in unserer Gemeinde. Durch den in Gang gesetzten Dialog auf Augenhöhe wiederum hat sich die Bereitschaft der Jugendlichen verstärkt, sich in unser Gemeinwesen einzubringen.“

RALF ULBRICH
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE DEISSLINGEN (5G)

KURZ UND KNAPP

- Verankerung kann sowohl auf politischer Ebene durch neue Beschlüsse, als auch durch Anpassungen in bereits bestehenden verwaltungsinternen Prozessen umgesetzt werden.
- Diskussionen um Verankerung liefern Anlässe, die eigenen Vorstellungen von Jugendgerechtigkeit in einer Kommune auszuhandeln, zu konkretisieren und zu operationalisieren.
- Verankerung macht jugendgerechte Prozesse unabhängiger von Personalwechseln und veränderten politischen Mehrheiten.

5 JUGENDGERECHTIGKEIT BRAUCHT KOHÄRENTES HANDELN

In der Regel ist das Vorhaben, eine Kommune jugendgerechter zu machen, für Engagierte vor Ort keine richtig neue Idee: Jugendverbände und Jugendringe sind aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht nur Werkstätten der Demokratie, sondern auch wesentliche Akteure für bürgerschaftliches Engagement inner- und außerhalb des eigenen Wirkungskreises in der Freiwilligen Feuerwehr, der Kirchengemeinde oder dem Musikverein. Hier wird auf verschiedene Arten und Weisen Beteiligung gelebt, echte Selbstorganisation ermöglicht und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache wahrgenommen. Diese Erfahrungen und Kompetenzen bieten eigentlich beste Ausgangsbedingungen für tragfähige Kooperationen und Netzwerke, sind jedoch nicht selten sowohl von den Verteilungskämpfen um Finanz- und Personalmittel als auch davon, dass ihnen nicht mehr viel jugendpolitische Aufmerksamkeit geschenkt wird, betroffen. Gründet sich beispielsweise ein kommunales Bündnis für Jugendgerechtigkeit, in dem die Jugendverbände nicht vertreten sind oder wird diesem Bündnis der Zugang zu Fördermitteln, zu politischen Netzwerken und Entscheidungs-

träger/-innen gegenüber den Jugendverbänden erleichtert, so erschwert dies nicht nur den transparenten Umgang der einzelnen Akteure miteinander, sondern es gefährdet die Verankerung von Jugendgerechtigkeit im Sinne einer breiten gesellschaftlichen Aufgabe. Fälle, in denen den Jugendverbänden Personalstellen und andere Ressourcen zugunsten der jugendgerechten Kommune gekürzt worden sind oder Fälle, in denen Jugendeinrichtungen geschlossen wurden und diese Schließungen durch ein großes Presse- und Politikecho auf projektbezogene Jugendbeteiligungsformen übertönt wurden, sind im Zuge der ständigen Mittelverknappung für kommunale Jugendarbeit als auch für die Jugendverbände keine Seltenheit mehr. Dort, wo Jugendverbände, Jugendringe sowie frei organisierte Zusammenschlüsse von jungen Menschen auf kommunaler Ebene gemeinsame Arbeitsformen finden, die gleichberechtigt von Politik und Verwaltung unterstützt und eingebunden werden, zeigen Projekte und Initiativen für mehr Jugendgerechtigkeit eine nachhaltigere Wirkung.

AUS DER PRAXIS

In der Hansestadt Rostock war von Beginn an der Stadtjugendring Rostock in der Lenkungsgruppe der Jugendgerechten Kommune involviert; die sehr gute Zusammenarbeit und das große Engagement aller beteiligten Akteure, nicht nur in diesem Projekt, sondern auch im Rahmen der *Partnerschaft für Demokratie* und des damit verbundenen Jugendforums Rostock, bewirkten, dass keine Konkurrenzsituationen entstanden, sondern vielmehr wichtige Synergieeffekte genutzt werden konnten, um den Jugendlichen die bestmöglichen Beteiligung- und Mitsprachemöglichkeiten zu eröffnen. Begünstigt wurde dadurch auch, dass die Rostocker Verwaltung, zu der auch die Koordinatorin des Prozesses zur Jugendgerechten

Kommune gehört, Jugendgerechtigkeit als ein großes kommunales Anliegen mit vielen Einzelvorhaben und Arbeitsgruppen wahrnehmen konnte.

Kohärentes Handeln und die gleichberechtigte politische Mitsprache von verschiedenen repräsentativen Beteiligungsformen wird zurzeit auch in Bad Segeberg angestrebt: Die dort neu gegründete Stadtschüler*innenvertretung bemüht sich um ein direktes Rede- und Antragsrecht in der Stadtvertretung, wie sie schon durch die Kommunalverfassung für den Kinder- und Jugendbeirat geregelt ist. Gleichsam melden die Jugendlichen aus der Stadtschüler*innenvertretung als auch aus dem Kinder- und Jugendbeirat zu-

rück, dass sie sich mehr Aufmerksamkeit durch politische Entscheidungsträger/-innen auch außerhalb des Wahlkampfes wünschen würden.

In Fürth sind zahlreiche Jugendverbände, Initiativen und Einrichtungen bei den offenen *Wortwechsel*-Veranstaltungen präsent gewesen. Das Jugendamt hat genau zugehört und darauf geachtet, dass alle Interessen im Blick bleiben und der Umgang untereinander trotz knapper finanzieller Ressourcen fair und nachvollziehbar bleibt. Der Stadtjugendring und der Jugendbeirat waren eng in die Steuerung des Vorhabens *Jugendgerechte Kommune* eingebunden.

„Der Weg zu einer Jugendgerechte(re)n Kommune ist lang, manchmal wird er durch die Bürokratie gefühlt auch endlos. Wenn man sich dann aber mit anderen Referenzkommunen austauschen kann und auf Seminaren immer wieder an Lösungen arbeitet, sich gegenseitig motiviert und Spaß dabei hat, kann man Steine ins Rollen bringen und Veränderungen erreichen, die hoffentlich in der Zukunft auch sichtbar werden und bleiben.“

SVEN HÜLSKÖTTER
JUGENDLICHER AUS DEM KREIS STEINFURT

KURZ UND KNAPP

- Dort, wo Jugendverbände und freie Zusammenschlüsse von Jugendlichen oder demokratisch gewählte Jugendparlamente nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern kooperieren und gemeinsame Ziele entwickeln, dort gelingt Jugendgerechtigkeit.
- Kommunale Verwaltung und Politik sind für alle Jugendlichen und ihre Anliegen offen.
- Es muss Anliegen der politischen Entscheidungstragenden sein, dass unter engagierten Initiativen und Verbänden keine finanziellen Kannibalisierungseffekte eintreten.

6 LEBENSWELTEN JUNGER MENSCHEN VERSTEHEN

Jugend, als eigenständige Lebensphase, ist durch spezifische Herausforderungen gekennzeichnet und bedarf deshalb einer besonderen Aufmerksamkeit und eines besonderen Wissens über die vielfältigen Lebenslagen junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren. Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fasst diese Herausforderungen folgendermaßen zusammen: In der Lebensphase Jugend geht es darum, eine allgemeinbildende, soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln (Qualifizierung), Verantwortung für sich selbst zu übernehmen (Verselbstständigung) sowie eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und der sozialen Zugehörigkeit zu finden (Selbstpositionierung). Um zu verstehen, was junge Menschen in der Kommune bewegt, mit welcher Perspektive sie auf ihre Gegenwart und ihre Zukunft in der Kommune schauen und dadurch Jugendgerechtigkeit durch die Jugendbrille sehen, ist es wichtig, sich

als Fachkräfte und Verantwortliche in der Kommunalpolitik zum einen anhand von Jugendstudien und Jugendberichten über die Lebenswelten junger Menschen zu informieren und zum anderen sich direkt von Jugendlichen vor Ort Rückmeldungen einzuholen. Diese Rückmeldungen sind unter Umständen nicht immer einheitlich oder gar bequem für Verantwortliche aus der Politik, aber sie helfen ihnen dabei, das eigene Handeln transparent und zielgruppenorientiert zu gestalten. Überdies gilt es, die eigene Sicht auf die Lebensphase Jugend kritisch zu überprüfen: Die Aussagen „Ich war auch mal jung“ und „Ich habe selbst Kinder“ können dabei nur ein erster Schritt zu einem Erkenntnisgewinn sein; denn Jugend allgemein befindet sich nicht nur in einem stetigen Wandel, sondern ist auch besonders vielfältig und benötigt deshalb ebenso vielfältige Zugänge, um eine Kommune jugendgerechter zu machen.

AUS DER PRAXIS

Im Rahmen des Projektes *Jugendgerechtes Bad Segeberg* wurden über einen Zeitraum von vier Monaten knapp 1.300 Jugendliche zwischen 12 und 27 Jahren zu ihrer Perspektive auf Bad Segeberg, die Freizeitangebote, den öffentlichen Nahverkehr, die Wertschätzung junger Menschen und zu ihrem ehrenamtlichen Engagement befragt. Die Fragen wurden durch den Sozial- und Kulturausschuss der Stadt, den Kinder- und Jugendbeirat, die Stadtschüler*innenvertretung und die Lenkungsgruppe der Jugendgerechten Kommune im Vorfeld präsentiert, dort abgestimmt und lassen sich für künftige, weitere Umfragen gut um die Perspektive der Verwaltung und der Kommunalpolitik erweitern. Die Ergebnisse der Online-

Umfrage ergeben so ein spannendes Gesamtbild, an das Verantwortungs-tragende aus der Politik ganz praktisch anknüpfen und somit ihr Wissen über die Jugend in Bad Segeberg erweitern können. Selbiges gilt für die Akteure in der Jugendarbeit sowie die politischen Verantwortungsträger/-innen in Fürth und Dreieich: Auch hier wurden gezielte Umfragen unter Jugendlichen, u.a. auch an Schulen durchgeführt, aus deren Ergebnissen konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet wurden, die in diesem Maße bislang noch nicht sichtbar gewesen waren. Der Landkreis Sömmerda hat sich, mit dem Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt*, auf vielfältige Arten und Weisen der Lebensphase Jugend genähert:

Neben dem direkten Kontakt zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Kommunen und Schularten, Verwaltungskräften und politischen Entscheidungsträger/-innen im Rahmen der regelmäßigen und gut frequentierten Treffen des Projektes, nutzte Sömmerda auch gezielt die Ergebnisse von Umfragen zum Thema Mitbestimmung, die vor dem Eintritt in den Prozess zur Jugendgerechten Kommune entstanden sind. Nützlich waren diese Erfahrungen auch für eine erneute Befragung junger Menschen im Landkreis zum Thema Übergang Schule – Beruf.

KURZ UND KNAPP

- Erwachsene Akteure verstehen, dass Jugend als Lebensphase vielfältig ist, dass junges Engagement freiwillig ist und dass der Maßstab weder die Erinnerung an die eigene Jugend noch die eigenen Kinder oder verallgemeinerte Jugendbilder sind.
- Jugendliche in der Kommune müssen zu ihren eigenen Perspektiven und Interessen befragt werden. Diese Ergebnisse bilden die Ausgangsbasis des jugendpolitischen Handelns einer Kommune.
- Die Ideen junger Menschen sind wertvoll, auch wenn sie nicht dem fachlichen Blick erwachsener Akteure entsprechen.



„Der Prozess hatte auf jeden Fall Höhen und Tiefen, da manches, wie z.B. die finanziellen Mittel, nicht immer auf Anhieb da war. Doch wir sind drangeblieben und haben mithilfe verschiedener anderer Träger, die Partizipation fördern, es geschafft, unsere Vorhaben zu erreichen. Was mir als Jugendlicher besonders positiv aufgefallen ist, ist, dass die Jugendlichen, die mit am Tisch der Steuerungsgruppe saßen, immer ernst genommen wurden und oft als Experten angesehen wurden. Es gab ein produktives Arbeitsklima zwischen den verschiedenen Generationen und jeder von uns konnte sich dort entfalten, wo er gebraucht wurde!“

IOANA-ADELINA NESCOVICI
JUGENDPARLAMENT TRIER

7 JUGENDGERECHTIGKEIT BRAUCHT WISSEN, KOMPETENZEN UND BILDUNGSANGEBOTE

Ein Prozess, der zielgruppenorientiert, kompetent und nachhaltig zu mehr kommunaler Jugendgerechtigkeit führen soll, benötigt eine besondere Form des Managements und der Begleitung der beteiligten Akteure. Hilfreich für die Vereinbarung von Aufgaben und Teilschritten sind zum Beispiel Protokolle und Mitschriften von Planungstreffen, die an alle Teilnehmenden und an all jene, die das Thema berufs- oder aufgabenbedingt noch betrifft, versendet werden. So werden Ergebnisse und Diskussionen transparent festgehalten und zur Arbeitsgrundlage für Folgetreffen. Schriftliche Prozessbeschreibungen dienen der Verortung in etablierten Verwaltungsabläufen und helfen Verwaltungsmitarbeiter/-innen dabei, in ihrem Handeln konkreten Bezug darauf zu nehmen. Auch wenn in einem Planungsteam oder einer Steuerungsgruppe vor Ort schon viele Kompetenzen im Bereich Jugendgerechtigkeit vorhanden sind, so machen viele Kommunen

gute Erfahrungen mit externen Prozessbegleitungen und -moderationen, die über einen längeren Zeitraum hinweg ihre Expertise zur Verfügung stellen. Sie bringen nützliche und fachkundige Methoden und einen frischen Blick mit, eröffnen Freiräume für kritische Diskussionen und helfen dabei, die Prozessschritte und -ziele im Auge zu behalten – und entlasten dabei gleichsam die beteiligten Fachkräfte. Jugendliche, Fachkräfte, als auch Verantwortliche aus Politik und Verwaltung profitieren im Prozess überdies sowohl von fachgruppenspezifischen, als auch gemeinsamen Aus- und Weiterbildungen und schärfen so nicht nur das Kompetenzprofil einer jugendgerechten Kommune, sondern sorgen auch für die Stärkung der beteiligten Akteure als Multiplikator/-innen für Jugendgerechtigkeit auf allen Ebenen.

AUS DER PRAXIS

Im Landkreis Sömmerda werden seit Anfang 2018 landkreisweit Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit, haupt- und ehrenamtliche Interessierte an Mitbestimmung junger Menschen und kommunale Entscheidungsträger/-innen im Rahmen einer Qualifizierungsreihe für das Thema Jugendbeteiligung ausgebildet. Federführend ist hier das Jugendamt des Landkreises. Durchgeführt wird der fünfteilige Kurs von einer externen Fachkraft, die außerdem das Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt*, der Jugendgerechten Kommune, als Prozessmoderatorin sehr erfolgreich begleitet. Die Synergieeffekte zwischen Praxis und Theorie, die hier geschaffen werden, ermöglichen so nicht nur die individuelle Weiterbildung der Teilnehmenden, sondern auch den Transfer zurück in

die Kommunen sowie eine regelmäßige Überprüfung der Strategie des Landkreises auf die aktuellen Bedürfnisse vor Ort hin. Überdies stellt die Prozessmoderatorin die Dokumentation der Arbeitstreffen des Projektes sicher, indem gemeinsam mit der Verantwortlichen im Jugendamt zu jedem Treffen mit den Jugendlichen Foto-Protokolle erstellt und versendet werden. So können auch ohne viel Text und niedrigschwellig Ergebnisse und Absprachen festgehalten werden, auf die bei Folgetreffen dann Bezug genommen wird.

Auch Trier, Merzig-Wadern, 5G, Hamburg-Nord, Fürth und Dreieich haben sich Unterstützung durch externe Moderationen für ihre punktuellen Jugendbeteiligungsformate wie

Jugendkonferenzen, Jugendforen und Zukunftswerkstätten eingeholt und damit die Bedingungen geschaffen, um strukturiert die Belange junger Menschen zu erfahren und Handlungsbedarfe sichtbar zu machen.

Bad Segeberg plant ein Seminar für Multiplikator/-innen zum Thema *Jugendgerechtes Handeln*, Trier hat ein Netzwerktreffen unter Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit genutzt, um sich in kollegialer Beratung zu Perspektiven von Jugendbeteiligung auszutauschen und in Hannover haben Jugendliche der Steuerungsgruppe *Jugend lebt Stadt* eine Fortbildung für Fachkräfte und weitere Interessierte durchgeführt, um diese in den Prozess und ihre Themen einzuführen und zu begeistern.

„Über einen solchen Zeitraum so viele Jugendliche zu treffen, die sich in unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Kommunen auf ihre eigene Art für mehr Jugendbeteiligung und Jugendgerechtigkeit einsetzen war sehr prägend. Der Austausch und die Unterstützung untereinander bereicherte die Arbeit sehr und auch die wertschätzende, offene und ehrliche Begleitung durch die Koordinierungsstelle machte den Prozess sehr wertvoll für mich.“

JUSTIN SUDBRAK
KINDER- UND JUGENDPARLAMENT TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

KURZ UND KNAPP

- Prozesse, Projekte und Vereinbarungen werden dokumentiert und ausgewertet und so für andere Interessierte zugänglich gemacht.
- Von Aus- und Weiterbildungen aller beteiligten Akteure profitiert die Kommune auch langfristig.
- Sich externe Beratung und Unterstützung einzuholen hilft dabei, Handlungsbedarfe unverstellt identifizieren zu können.
- Jugendliche werden als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernstgenommen und schulen Erwachsene zu Themen aus ihrer Lebenswelt.

8 BETEILIGUNG VON A BIS Z DENKEN

Jugendgerechtigkeit ist ohne Jugendbeteiligung nicht denkbar. Doch es ist wichtig, dass innerhalb einer Kommune sehr bewusst darauf geachtet wird, wer wann, warum und wie beteiligt wird. Beteiligungsprozesse müssen Teil von Gesamtprozessen sein, der Beteiligungsgegenstand muss ebenso geklärt sein wie der Umgang mit den Beteiligungsergebnissen. Beteiligung sollte dabei kein Selbstzweck und keine pädagogisierende Demokratiesimulation sein, sondern im kommunalpolitischen System eine klar definierte Funktion

übernehmen: Jugendliche sind gefragt, um eine Perspektive einzubringen, die nur sie einbringen können und die Relevanz für die Umsetzung des Beteiligungsgegenstands besitzt. Die Beteiligung wird mithilfe von Fachkräften durchgeführt, welche die Brücke zwischen Jugend- und Politikwelten schlagen und beide Welten miteinander in Kontakt bringen können.

AUS DER PRAXIS

Jugendbeteiligung war ausnahmslos in allen 16 Referenzkommunen elementarer Bestandteil der jeweiligen Prozesse vor Ort. Dabei kamen sowohl projekthafte Formen wie Jugendforen als auch auf Dauer angelegte Beteiligungsformen wie Jugendparlamente und -beiräte zum Einsatz, nicht selten auch eine Kombination mehrerer Beteiligungsformen. In Fürth (Bayern) ist der erfolgreiche Einsatz mehrerer Beteiligungsformen gut zu beobachten: Die Veranstaltungsreihe *Wortwechsel* hat Jugendliche mit Politik, Verwaltung und Fachkräften ins Gespräch gebracht. Dabei wurden nicht nur Themen gesammelt, sondern auch gleich der Dialog aufgenommen. Patinnen und Paten aus der Politik blieben an Themen und Akteuren dran und sorgten so für vielfältige Umsetzungen jugendlicher Anliegen. Ein Jugendbeirat kümmert sich um die kontinuierliche Arbeit an jugendgerechten Themen und übernimmt mit eigenen Veranstaltungen dafür Verantwortung. Mit einer Onlineumfrage und einem Jugendforum, an dem die Schulen im Stadtgebiet beteiligt waren, konnten zudem neue Jugendmilieus eingebunden werden. Dadurch, dass Politik und Verwaltung fast schon traditionell im Austausch mit Jugendlichen stehen, sind sie für

Jugendthemen sensibilisiert. Das baut Hürden im Miteinander ab. In Tempelhof-Schöneberg (Berlin) fand im Prozesszeitraum eine umfangreiche Beschäftigung mit integrierter Jugendhilfeplanung sowie der für den Bezirk gültigen *Rahmenkonzeption Jugendarbeit* statt. In diese Prozesse waren neben zahlreichen anderen Zielgruppen auch Jugendliche einbezogen. Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) des Bezirks ist nicht nur seit Jahren fest etablierter und gut vernetzter Bestandteil der Bezirkspolitik; aufgrund seiner Zusammensetzung mit Jugendlichen aus allen Stadtteilen des Bezirks und der politik- und verwaltungsnahen Struktur, konnte sich das KJP leicht und erfolgreich an diesem langfristigen Prozess beteiligen. Durch die pädagogische Begleitung war zudem sichergestellt, dass das KJP in dieser herausforderungsvollen Arbeit unterstützt und nicht überfordert wurde.

In Naumburg wurde Jugendbeteiligung auf drei Säulen verteilt: Das Jugendparlament als berufenes Gremium, das Kinder- und Jugendbüro im Jugendhaus für projektorientierte Beteiligung sowie Jugendforen mit verschiedenen Schwerpunkten wurden zielgerichtet genutzt, um verschiedene Beteiligungs-

gegenstände mit dem jeweils passenden Format zu bearbeiten.

Im Landkreis Merzig-Wadern wurde in allen sieben Kommunen das Partizipationsformat der Zukunftswerkstatt unter dem Motto *Mach mit – mitdenken, mitreden, mitgestalten* (in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)) umgesetzt, um jugendliche Interessen zu identifizieren und um Berührungspunkte zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträgern abzubauen. So wurde eine Vielzahl an Themen und Zielvorstellungen durch die Jugendlichen auf hohem qualitativen Niveau erarbeitet, die auch über den jugendlichen Kontext hinausgingen und andere Bevölkerungsgruppen miteinbrachten. Diese Form der projektorientierten Beteiligung hat sich in den ländlichen Strukturen des saarländischen Landkreises als gut durchführbar erwiesen und es konnten bereits einige der Zielvorstellungen aus den Zukunftswerkstätten in die Praxis umgesetzt werden.

In einer städtischen Referenzkommune hingegen war es schwieriger: Innerhalb der Verwaltung und der Politik gab es große Zurückhaltung in Bezug

auf Jugendbeteiligung. Die Ergebnisse eines Jugendforums konnten daher erst einmal nur innerhalb der Jugendgruppe selbst gesammelt werden, ohne dass die Weiterarbeit bereits verabredet werden konnte oder Politik und Verwaltung zu einem fundierten Austausch

bereitgestanden hätten. Die Jugendlichen bearbeiteten die Themen nach der Jugendkonferenz in Arbeitsgruppen weiter, allerdings ohne einen genauen Prozess oder eine Anbindung vor Augen zu haben. In einer ländlichen Referenzkommune fand eine angebotene offene

Form der Jugendbeteiligung keine Teilnehmenden, woraufhin sich die Kommune einer anderen, im ländlichen Raum leichter ansprechbaren Zielgruppe zuwandte, statt die Ansprache oder das Format zu hinterfragen.

„Ich war beeindruckt von dem Engagement und der Kreativität der Jugendlichen, die im Rahmen des Jugendforums entwickelt worden ist. Die Teilnehmer brannten für ihren Stadtteil Barmbek, die Vorschläge und Ideen waren erstaunlich praktikabel und konnten nach meinem Dafürhalten gut in die weiteren Planungen übernommen werden. Das Jugendforum hat gezeigt, dass es sich lohnt, die Partizipation der Jugendlichen sich nicht nur zu wünschen, sondern auch abzuholen.“

TOM OELRICHS
DEZERNENT STEUERUNG UND SERVICE
IM BEZIRKSAMT HAMBURG-NORD

KURZ UND KNAPP

- Die Rahmenbedingungen für wirksame Jugendbeteiligung müssen im Vorfeld geklärt werden.
- Jugendbeteiligung kann nur stattfinden, wenn die Angebote der Jugendbeteiligung an jugendliche Lebenswelten andocken können – sowohl räumlich als auch inhaltlich.
- Jugendbeteiligung benötigt eine Einbettung in kommunale Prozesse, welche die Ergebnisse aufgreifen können.

9 JUGENDGERECHTIGKEIT BENÖTIGT FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG

Die besten Konzepte, die engagiertesten Jugendlichen, die wohlwollendsten Willensbekundungen aus der Politik – mit all dem lässt sich nicht viel anfangen, wenn zur Umsetzung vor Ort keine finanziellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Der Jugendbereich ist oftmals finanziell knapp ausgestattet, befristete Verträge und Abhängigkeit von Drittmitteln über Projekte kommen erschwerend hinzu. Diese Bedingungen hemmen Kreativität und Motivation. Die eingeworbenen Drittmittel sind zudem oftmals mit bestimmten Handlungserwartungen verknüpft, deren Umsetzung nicht immer sinnvoll in das jugendgerechte Konzept einer Kommune passt. Dabei sind im Jugendbereich vergleichsweise wenig Gelder nötig, um zu spürbaren Erfolgen zu kommen – oder auch, um Freiräume zu schaffen, die Kreativität erlauben und so die Selbstwirksamkeit junger

Menschen stärken. Jugendgremien mit eigener Budgetverantwortung zeigen sich dieser im Regelfall mehr als gewachsen und setzen das Geld überlegt ein, profitieren aber auch von der fachlichen Unterstützung bei Förderanträgen. Neben der finanziellen Ausstattung geht es auch häufig um die Möglichkeit, an der Infrastruktur einer kommunalen Verwaltung teilhaben zu dürfen. Dies betrifft zum Beispiel die kostenfreie Nutzung von Räumen für Gremiensitzungen, das Ausleihen von Veranstaltungstechnik oder auch die Möglichkeit, an der Bürokommunikation zu partizipieren, ferner den Fotokopierer kostenfrei zu nutzen, bei Versänden Unterstützung zu erhalten etc. Dort, wo Jugendlichen das Vertrauen geschenkt wird, mit Sachressourcen verantwortungsvoll umzugehen, fühlen sie sich eher als Teil der Kommune – und nicht als Bittsteller.

AUS DER PRAXIS

In der Stadt Leipzig hat das Jugendparlament ein strukturiertes Verfahren entwickelt, um Mittel für Jugendinitiativen in mittlerer dreistelliger Höhe zu bewilligen. Die Stadtverwaltung kümmert sich dabei um den organisatorischen Teil und die Abrechnung, die Jugendlichen sind lediglich mit den Inhalten befasst. Dies entlastet die Engagierten des Jugendparlaments und gibt ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, mit überschaubarem Mitteleinsatz Wirkung in der Stadt zu entfalten.

In den meisten Referenzkommunen ist es inzwischen möglich, Räume im Rathaus oder sogar die Ratssäle für die Gremien- und Jugendparlamentssitzungen zu nutzen. Insbesondere dort, wo die für den Gesamtprozess verant-

wortliche Person Teil der kommunalen Verwaltung ist, haben auch deren Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel vom Hausdienst, mehr Verständnis und ein offenes Ohr für die Anliegen der Jugendlichen, da sie die Arbeit der Jugendlichen mit einem konkreten Arbeitsfeld verbinden, an das sie sich auch im Zweifels- oder Konfliktfall wenden können.

Die Bewilligung von Ressourcen ist jedoch nicht immer nur ein Segen. In einer Kommune wurden zwar Mittel zur Verstetigung der Strukturen der jugendgerechten Kommune bereitgestellt, andere Zuwendungsempfänger aus dem Jugendbereich mussten dafür jedoch Kürzungen hinnehmen. Dies erschwert gemeinsames Handeln und

schaft vermeidbare politische Widerstände, welche das eigentliche Anliegen einer jugendgerechten Politik nicht weiterbringen.

Eine weitere Kommune muss die eigene Jugendarbeit seit Jahren durch zahlreiche Projekte von unterschiedlichsten Drittmittelgebern finanzieren. Die zuständigen Fachkräfte sind mittlerweile geübt im Beantragen und Verwalten von Drittmitteln. Dennoch wird dadurch kostbare Arbeitszeit gebunden, und kontinuierliches Arbeiten wird durch befristete Verträge und unklare Perspektiven erschwert. Immerhin: Der Prozess hat in der Kommune so viel Unterstützung, dass für die künftigen Haushaltsberatungen auch die Einrichtung einer neuen Stelle vorgemerkt ist.

„Eine sichere, dauerhafte und nachhaltige Finanzierung der jugendgerechten Jugendarbeit ist von erheblicher Wichtigkeit, da es sehr anstrengend ist, neben der alltäglichen Arbeit auch noch um die Finanzierung der eigenen Stelle zu kämpfen. Es ist auch ein fatales Signal an die Jugend, wenn sie mit ihren Bedürfnissen nicht ernst genommen werden.“

SARA APPELHAGEN
STADTJUGENDRING BREMERHAVEN

KURZ UND KNAPP

- Die Unterstützung von Jugendgerechtigkeit als politisches Ziel einer Kommune lässt sich daran ablesen, ob ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder ob zumindest die Zugänglichkeit dazu unterstützt wird.
- Die Bereitstellung von Mitteln ist auch in knappen Haushaltslagen möglich – es ist eine kommunalpolitische Prioritätenfrage.
- Die Abhängigkeit vieler Kommunen von befristeten Projektmitteln mit wechselnden Schwerpunkten ist einer langfristig angelegten jugendpolitischen Ausrichtung nicht förderlich und bindet zudem meist knappe Personalressourcen.

10 JUGENDGERECHTIGKEIT BRAUCHT HAUPTAMTLICHKEIT

Jugendgerechtigkeit kostet Geld – oder auch: Jugendgerechtigkeit benötigt Personalmittel. Damit langfristig geplant werden kann, Prozesse gut koordiniert, verortet und verankert werden können und um das Vorhaben als Projekt direkt adressierbar zu machen, ist hauptamtliches Personal unabdingbar. Gerade für die beteiligten Jugendlichen ist eine hauptamtliche Ansprechperson von großer Bedeutung für das eigene Engagement; sie unterstützt die Netzwerkarbeit, stellt Kontakt zur kommunalen Verwaltung und anderen Partnern her, informiert über Strukturen und Abläufe, ist bei Problemen und Herausforderungen ansprechbar und übernimmt die Organisation von Sitzungen und Veranstaltungen. Aber auch für die beteiligten Akteure aus Politik und Verwaltung bietet eine hauptamtlich zuständige Person wichtiges Wissen und Fachkompetenz sowie Übersetzungsleistungen zwischen den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen

und der Sicht der kommunalen Verwaltung bzw. der beteiligten Politiker/-innen. In der kommunalen Praxis zeigte sich, dass für den Prozess zuständige Fachkräfte insbesondere dann zum Gelingen von Jugendgerechtigkeit beitragen konnten, wenn sie sich im Sinne der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Prozesskoordinator/-innen oder -begleitenden verstanden haben, die ihr Wissen und ihre Kompetenzen prozessorientiert einbringen, sich als Fürsprecher/-innen für die Belange der Jugendlichen verstehen und diese in Politik und Verwaltung parteilich vertreten. Was sich nicht als nützlich erwiesen hat, ist die Verortung des Prozesses als zusätzliche Aufgabe einer bereits voll ausgelasteten hauptamtlichen Fachkraft. Die ohnehin schon geringen zeitlichen Kapazitäten belasten nicht nur die davon betroffene Person, sondern auch das Vorhaben selbst, da im Zweifel die originäre Arbeit Priorität hat und wenig Flexibilität ermöglicht.

AUS DER PRAXIS

In jenen Referenzkommunen, in denen es bereits vor Prozessstart im Jahre 2015 Jugendparlamente als repräsentative Jugendbeteiligungsformate gab, wurde die Jugendgerechte Kommune als Projekt in der Regel auch in deren Geschäftsstellen personell verortet. In Leipzig und Tempelhof-Schöneberg, wo jeweils die Geschäftsführerinnen der Jugendparlamente auch als Fachreferentin die Zuarbeit für die Jugendparlamente übernimmt, konnten sich die am Prozess beteiligten Jugendlichen voll auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren und so besser für ihre eigenen Themen lobbyieren. Aufgrund der Tatsache, dass die Geschäftsführerinnen jeweils Angestellte der kommunalen Verwaltung sind, war der Zugang zu anderen politischen Ressorts erleichtert.

In Trier lag die Federführung der Jugendgerechten Kommune bei der Jugendhilfeplanerin, die in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführerin des Jugendparlaments alle Aktivitäten koordinierte. Hier zeigte sich, dass die Verortung von Jugendgerechtigkeit im

Arbeitsfeld einer Jugendhilfeplanerin nur dann wirklich sinnvoll ist, wenn der zurzeit besonders umfangreiche und fordernde Arbeitsbereich der Kindertagesbetreuung nicht bei derselben hauptamtlichen Person angesiedelt ist – in Trier sind diese Arbeitsbereiche voneinander getrennt, was wiederum zeitliche Ressourcen für das Thema Jugendgerechtigkeit eröffnete. Ähnliche Rückmeldungen, dass Eigenständige Jugendpolitik und Jugendthemen insgesamt gegenüber der Ganztagesbildung personell und hinsichtlich der Aufmerksamkeit in Gremien und Ausschüssen benachteiligt werde, sind auch aus anderen Kommunen zu vermelden.

In der Nachhaltigkeitsregion 5G zeigte sich eine Besonderheit, die insbesondere während der Peer-Learning-Seminare vonseiten der anderen Referenzkommunen für viel Bewunderung sorgte: Die fünf am Prozess beteiligten Bürgermeister waren gemeinsam mit einer Jugendreferentin und dem Geschäftsführer des übergeordneten

Projektes der Nachhaltigkeitsregion bei den Seminaren dabei, haben Jugendgerechtigkeit also zur Chefsache gemacht und damit auch in ihre eigene hauptamtliche Arbeit einfließen lassen. Perspektivisch bewertet 5G den Einsatz weiterer hauptamtlicher Fachkräfte für Jugendarbeit in allen fünf Gemeinden als grundlegend für eine Verankerung von Jugendgerechtigkeit auch über das Prozessende hinaus.

Für den Prozess *Jugendgerechtes Bad Segeberg* wurde – trotz Konsolidierungshaushalt – ein hauptamtlicher Projektleiter finanziert, der alle Aktivitäten koordiniert, den Kinder- und Jugendbeirat und die Stadtschüler*innenvertretung unterstützt, Ansprechpartner für alle involvierten Akteure ist und die Einzelvorhaben in politischen Gremien vertritt. Die Präsenz, die die Jugendgerechte Kommune dadurch in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit erreicht hat, schlägt sich nun auch darin nieder, dass die Stelle des Projektleiters in die Leitung eines neu eingerichteten Jugendbüros übergehen

„Der wertschätzende Umgang war bei uns vor allem davon abhängig die richtige Vermittlungsperson zu haben. Wir hatten eine Hauptamtliche, die mit Motivation und Lust ihre Prioritäten an unsere angepasst hat und genau da fängt die Wertschätzung an. Seine eigenen Aufgaben auch mal hinten anzustellen, wenn uns Jugendlichen etwas wichtig war.“

SVENJA WERMTER
JUGENDLICHE AUS HANNOVER

wird, die den Prozess fortführt und fest im Stadtbild verankert. Hier hat sich gezeigt, dass die Investition in Jugendgerechtigkeit auch in Form von Personalkosten langfristige Effekte zeitigt,

auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen es eigentlich kaum zulassen – es geht um die Haltung dahinter.

KURZ UND KNAPP

- Die Investition in hauptamtliche Fachkräfte, bei denen die Koordination der Aktivitäten, die Organisation von Gremiensitzungen und die fachliche Unterstützung der beteiligten Akteure angesiedelt sind, trägt wesentlich zum Gelingen eines Vorhabens im Bereich Jugendgerechtigkeit bei.
- Nimmt die Beschäftigung mit der Lebensphase Jugend nur einen sehr kleinen Teil des Arbeitsfeldes von Jugendkoordinator/-innen oder Jugendhilfeplaner/-innen ein, so droht das Thema aus Zeitmangel vernachlässigt zu werden.
- Sind Fachkräfte in der Kommunalverwaltung angesiedelt oder eng an diese angebunden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Kolleg/-innen in Politik und Verwaltung zu Jugendthemen konsultiert werden.

11 MEHR JUGENDGERECHTIGKEIT DURCH JUGENDGERECHTE BEDINGUNGEN

Damit insbesondere diejenigen, um die es beim Thema Jugendgerechtigkeit geht, sich am Prozess beteiligen können, müssen bestimmte Bedingungen des guten Zusammenarbeitens und des Engagements überprüft werden. Dies betrifft zum Beispiel die Gestaltung von Räumen und Zeiten: Werden Treffen zwischen allen beteiligten Akteuren terminlich so angesetzt, dass Jugendliche trotz Ganztagschule und Arbeitszeiten daran teilnehmen können? Sind die Orte, an denen man sich trifft, zentral und für alle gut erreichbar, auch mit ÖPNV? Sind die Sitzungsräume so gestaltet, dass Jugendliche sich dort wohlfühlen können – oder sind sie auf die Arbeitsabläufe von Erwachsenen ausgerichtet, denen es nicht schwerfällt, über mehrere Stunden still zu sitzen? Durften sich alle gleichermaßen an der Gestaltung der Tagesordnung beteiligen? Jugendgerechtigkeit heißt folglich auch, erwachsene Sitzungsroutinen aufzubrechen und ungewöhnliche Orte und Methoden zu wählen, die Spaß machen und echte

Bewegung in die Sache bringen. Dazu gehören vielfältige Veranstaltungsformate und Gesprächsmöglichkeiten, bei denen alle zu Wort kommen. Das ist besonders wichtig für Jugendliche, die weniger artikulationsstark sind, aber deren Perspektive auf ihre Kommune unabdingbar sind, um den Prozess voranzubringen. Ein besonders wesentlicher Faktor für die Ermöglichung von jugendlichem Engagement für Jugendgerechtigkeit vor Ort ist die Unterstützung durch hauptamtliche Fachkräfte: Dort, wo zum Beispiel für die fachliche und/oder geschäftsführende Begleitung eines Jugendparlamentes oder eines Jugendforums Personal eingestellt wird, können die beteiligten Jugendlichen sich auf ihr Ehrenamt fokussieren und inhaltlich arbeiten. Dort, wo Jugendliche keine oder wenig fachliche Unterstützung erfahren, fällt es ihnen schwerer, sich über einen längeren Zeitraum hinweg zu engagieren.

AUS DER PRAXIS

In vielen Referenzkommunen im ländlichen Raum ist gerade die geografische Erreichbarkeit möglicher gemeinsamer Sitzungsorte, mithilfe des öffentlichen Nahverkehrs, eine große Herausforderung für die beteiligten Jugendlichen. Wenngleich in diesen Kommunen als einer der dringendsten Handlungsbedarfe die Mobilität identifiziert wurde und deren Verbesserung als Zielformulierung in den Prozess der Jugendgerechten Kommune einfluss, so zeigte sich bis Prozessende, dass diese Herausforderung in den wenigsten Kommunen wesentliche Verbesserungen veranlasste. Beispielhaft für eine pragmatische und niedrigschwellige Mobilitätslösung ist das *Mitfahrbänke* in der Nachhaltigkeitsregion 5G, einer Möglichkeit des organisierten Trampens: Wer sich auf die an verschiedenen Orten innerhalb der Dörfer aufgestellten Bänke setzt, zeigt einen Mitfahrwunsch an und kann von vorbeifahrenden Autofahrer/-innen in die nächstgelegenen Orte mitgenommen

werden. Eine App dazu ist ebenfalls in Vorbereitung. Gerade in der ländlichen Gegend ist dies nicht nur aufgrund der hohen sozialen Kontrolle als sichere und einfache Mobilitätslösung zu verstehen, sondern auch als generationenübergreifendes Projekt, das allen Altersgruppen zugutekommt.

In den Kommunen Trier, Leipzig, Berlin und Dreieich ist durch die hauptamtliche Begleitung der jeweiligen Jugendparlamente sichergestellt, dass die jugendlichen Parlamentarier/-innen sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können. In anderen Referenzkommunen, in denen hauptamtliches Personal direkter Ansprechpartner für die Jugendlichen war, gelang eine Identifikation mit dem Prozess leichter als dort, wo entweder Zuständigkeiten nicht klar benannt waren oder auf zu vielen erwachsenen Schultern verteilt waren. Gute Fachkräfte in der Jugendarbeit sind zudem wichtige Identifikationspersonen für Heranwachsende

und bieten so Anknüpfungspunkte für das eigene Engagement, persönlich wie fachlich.

Nichtsdestotrotz zeigte sich auch, dass gerade die Veränderung von Sitzungskulturen außerhalb von Jugendbeteiligungsformaten die größte Herausforderung für einige Referenzkommunen darstellte. Sitzordnungen, Sitzungsunterlagen, Tagesordnungen, Protokolle und ähnliche, für Erwachsene selbstverständliche Tools und Verfahren für eine geordnete Sitzungskultur sind nicht nur vielen Jugendlichen fremd, sondern haben eher erreicht, dass die Jugendlichen nach einer Sitzung nicht wiederkamen. Auch deshalb ist es als besonders positiv hervorzuheben, dass manche Kommunen sich externe Begleitung und Moderation eingeholt haben, die den Prozess und die dafür notwendigen Sitzungen und Absprachen methodisch jugendgerecht und kreativ gestaltete, wie zum Beispiel die regelmäßigen Treffen von *Jugend lebt*

„Die kommunalen Belange, sprich Bürokratie, brauchen oft Zeit, was Jugendliche nicht immer nachvollziehen können.“

JANINE BUS
JUGENDPFLEGERIN IN BECKINGEN
IM LANDKREIS MERZIG-WADERN

– *Jugend bewegt* im Landkreis Sömmerda. Die Einrichtung von kommunalen Jugendsprechstunden war in einigen Referenzkommunen Element der Zielsetzung und wurde bereits in Teilen

umgesetzt; auch hier wird deutlich, wie wenig kommunale Strukturen auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet sind, wenn die einzige Möglichkeit, mit einem Bürgermeister direkt in

Kontakt zu treten, seine Bürger/-innen-sprechstunde ist – unter der Woche an einem Vormittag.

KURZ UND KNAPP

- Erwachsene Akteure überprüfen ihre eigene Sitzungskultur und lassen neue und kreative Methoden zu, um alle Jugendlichen anzusprechen und in den Prozess einbeziehen zu können.
- Orte und Zeiten von Veranstaltungen, Gremiensitzungen und Co. werden nach den Bedürfnissen der beteiligten Jugendlichen ausgerichtet.
- Hauptamtliche Fachkräfte unterstützen Jugendliche darin, ihre eigenen Themen zu artikulieren und umzusetzen, ohne bereits an bürokratischen oder organisatorischen Hürden zu scheitern.

12 FREIRÄUME FÜR JUGENDGERECHTIGKEIT ERMÖGLICHEN

Die Lebensphase Jugend ist geknüpft an besonders hohe gesellschaftliche Erwartungen, es geht – so der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung – um die Ablösung vom Elternhaus, die Ausbildung einer Lernmotivation, die finanzielle Verselbstständigung, die Bewältigung der Pubertät, die Entwicklung ihrer Sexualität sowie um den Aufbau von tragfähigen Beziehungen zu Gleichaltrigen. Gleichzeitig aber haben junge Menschen angesichts des Ausbaus der Ganztageschule, einem hochspezialisierten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und weniger konkret vorhandenen Jugendräumen, beispielsweise in Jugendzentren etc., immer weniger freie Räume, freie Zeiten und überhaupt Gelegenheiten um sich auszuprobieren und zu entfalten. Für Jugendgerechtigkeit auf kommunaler Ebene bedeutet das ganz konkret, dass jungen Menschen das Potenzial und die Möglichkeiten zugestanden werden sollten, Neues zu wagen, zu experimentieren – oder auch mal rumzuhängen und nichts zu tun. Dort, wo Jugendlichen Jugendräume zur Verfügung stehen,

die sie selbst gestalten oder auch verwalten dürfen, lernen sie neben Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit auch, dass ihre Bedürfnisse zählen und nicht in erster Linie ihre (schulischen) Leistungen. Engagement für die Jugendgerechte Kommune braucht auch zeitliche Freiräume, die zum Beispiel durch die Anerkennung dieses Ehrenamts durch Schule oder Arbeitgeber ermöglicht werden kann. Neben den Aspekten räumlicher und zeitlicher Freiräume ist auch die Etablierung einer eigenen Fehlerkultur ein nicht zu unterschätzender Freiraum für das Aufwachsen junger Menschen: In jenen Kommunen, in denen sich Jugendliche, Fachkräfte und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung nicht nur auf Augenhöhe begegnen, sondern offen für Experimente und gegebenenfalls auch deren Scheitern sind, wird das Bemühen um Jugendgerechtigkeit als besonders authentisch wahrgenommen und zeitigt langfristig mehr positive als negative Effekte.

AUS DER PRAXIS

Für jene Kommunen, die erst durch das Programm der *Jugendgerechten Kommune* das Thema Jugendgerechtigkeit für sich identifiziert haben und dadurch in eine koordinierte Bündnisarbeit eingestiegen sind, ist vermutlich schon der Prozess an sich als Experiment zu bewerten: Sie haben sich auf das Thema mit allen Chancen und Herausforderungen eingelassen und im Rahmen der Begleitseminare die eigenen Erfahrungen reflektiert und Ergebnisse präsentiert – auch, wenn etwas eben nicht gelang oder ein Einzelvorhaben scheiterte. Der offene und ehrliche Austausch unter den Referenzkommunen hat im Falle einiger Kommunen dazu beigetragen, dass aus Fehlern gelernt werden konnte und neue, kreative Wege gefunden wurden, um Jugendgerechtigkeit vor Ort in den Fokus zu rücken. Dass dafür nicht immer die personellen und/oder finanziellen Rahmenbedingungen gegeben sind, hat für die eine oder andere Kommune das Schaffen von Freiräumen erschwert; in manchen Kommunen sind Freiräume

aufgrund der Verwaltungsroutinen nur unter Anstrengungen der beteiligten Akteure möglich.

Konkrete Orte für Freiräume sind häufig Jugendhäuser oder Jugendzentren: Während in Bad Segeberg zu Beginn des Prozesses das Jugendzentrum Mühle kurz vor der Schließung stand, konnte dies noch rechtzeitig abgewendet werden und es wird zurzeit nach einer Lösung für personelle und finanzielle Engpässe gesucht. In Trier wurde die Planung eines neu zu bauenden Jugendzentrums unter Beteiligung junger Menschen durchgeführt, ebenso in Hamburg-Nord und einer Kommune in der Nachhaltigkeitsregion 5G, die damit auch eine große finanzielle Investition veranlasst hat. Die im Landkreis Merzig-Wadern weit verbreitete Jugendclubkultur wurde durch die Verantwortlichen für die Jugendgerechte Kommune hinsichtlich der Herausforderungen von Selbstverwaltung aktiv unterstützt, um so diese Form der Freiräume aufrechtzuerhalten.

Das Selbstverwaltete Jugendbudget, das die Jugendlichen der 16 Referenzkommunen weitestgehend unbürokratisch für kleine Projekte vor Ort beantragen konnten, ist ebenfalls als Maßnahme zur Schaffung von Freiräumen zu betrachten: Ob für ein Konzert, einen HipHop-Workshop, ein Skate-Event oder zur Unterstützung einer App-Entwicklung – diese Form der Mikrofinanzierung hat den Jugendlichen in den Kommunen die Möglichkeit gegeben, nicht als Bittsteller in der Kommunalpolitik auftreten zu müssen, sondern selbstverwaltet und eigenverantwortlich kreative Ideen umzusetzen. Bei aller Experimentierfreude kann es zu Reibungen kommen, wenn bestehende Verfahren nur für einzelne Akteure erleichtert werden. Hier sind eine intensive Kommunikation und ein Mitnehmen aller Akteure entscheidend, z.B. durch die Aussicht, dass – sollte sich ein erleichtertes Verfahren bewähren – dieses auch für alle anderen Akteure zur Anwendung kommt.



„Heute muss es uns nämlich gelingen, unseren Kindern und Jugendlichen Heimatgefühl zu vermitteln. Wir müssen ihnen Mitgestaltung und Teilhabe bieten, ihnen zeigen, dass sie uns etwas wert sind. Nur so dürfen wir die Hoffnung hegen, dass sie mit einem guten Gefühl an ihre Zeit in Finsterwalde denken und sie nach Ausbildung oder Studium den Weg zurückfinden. All das sind kleine, aber sehr wichtige Schritte auf dem Weg in eine generationengerechte und vor allem lebens- und lebenswerte Stadt.“

JÖRG GAMPE
BÜRGERMEISTER DER STADT FINSTERWALDE

KURZ UND KNAPP

- Etwas hat nicht funktioniert, wie man es ursprünglich geplant hat? Daraus kann man viel lernen, wenn man sich für die eigenen Fehler offen zeigt und an den Themen dranbleibt.
- Jugend braucht eigene Räume, die sie selbst gestalten kann und an denen sie nichts muss, aber viel darf.
- Auch wenn Jugend eine Lebensphase der Qualifizierung ist und gerade die schulische Bildung eine große Rolle spielt: Durch zeitliche und räumliche Freiräume werden kreative Lösungen, Eigenständigkeit und Eigeninitiative eher gefördert als durch vorgegebene Wege.

13 JUGENDGERECHTIGKEIT MUSS KOMMUNIZIERT WERDEN

Die auf kommunaler Ebene weit verbreiteten, traditionellen Kommunikationskanäle wie Amtsblätter und Tageszeitungen werden von den meisten Jugendlichen nicht genutzt, spielen aber eine Rolle im kommunalen Geschehen. Damit Themen und Angebote, die für Jugendliche relevant sind, auch wahrgenommen werden, braucht es sowohl geeignete Kommunikationswege als auch eine angemessene Ansprache, damit sprachliche Hürden möglichst niedrig sind. Dabei geht es nicht nur um das Kommunizieren von Entscheidungen und Beschlüssen, sondern auch um Information zu anstehenden

Fragen und um Rückmeldung zu laufenden Prozessen. Dazu gehören Fachkräfte, die eine authentische, verständliche Sprache finden, ohne sich einer Jugendsprache oder vermeintlich jugendlichen Ästhetik anzubiedern. Angemessene technische und finanzielle Ausstattung helfen dabei, die richtigen Formate zu entwickeln und mit relevanten Inhalten zu bespielen. Eine aktive, transparente Informationspolitik unterstützt alle Beteiligten und verhindert Missverständnisse und Frustration.

AUS DER PRAXIS

Das Thema wurde auch durch zahlreiche Referenzkommunen bearbeitet, insbesondere die Erreichbarkeit von jungen Menschen war zudem immer wieder Thema der Peer-Learning-Seminare. Die Kommunen Fürth und die Nachhaltigkeitsregion 5G haben hierzu das Potential der Messengerdienste erkannt und kommunizieren jugendrelevante Themen und Informationen auf diese Weise an Jugendliche. Die Kanäle bieten zudem die Möglichkeit des Feedbacks an die Kommune. Mit die größte Herausforderung ist es, die jeweilige Nummer der sogenannten Broadcasts an Jugendliche zu kommunizieren und diese dazu zu motivieren, den Broadcast zu abonnieren. Anlässe hierfür bieten Jugendforen, aber auch Informationsstände bei Konzerten, Plakate und Flyer in Jugendeinrichtungen und Schulen etc. Diese werden genutzt, um zwischen Veranstaltungen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und die Themen präsent zu halten.

Der Landkreis Merzig-Wadern nutzt die Facebook-Seite der Jugendarbeit im Kreis, um – neben der Darstellung der eigenen Aktivitäten – über die Arbeit des Jugendhilfeausschusses zu informieren. Die Tagesordnungen der anstehenden Sitzungen werden erläutert, damit Jugendliche und andere Interessierte nicht bereits an der Fachsprache scheitern.

In Bremerhaven haben Jugendliche einen eigenen Taschenkalender mit Terminhinweisen und Informationen über die Rechte Jugendlicher erstellt. Dies ist die Vorstufe für eine dauerhafte Veranstaltungsübersicht im Internet und die konkrete Umsetzung eines Ergebnisses der Jugendkonferenz Bremerhaven.

Die im Prozess engagierten Jugendlichen der Landeshauptstadt Hannover haben sich dafür entschieden, andere Jugendliche dort aufzusuchen, wo diese

ihre Freizeit verbringen. Mit Veranstaltungen an belebten Plätzen und einer Tour zu verschiedenen Jugendorten der Stadt kamen sie so mit unterschiedlichsten Jugendlichen ins Gespräch und warben für die regelmäßigen Jugendforen, die dem Austausch und der Meinungsbildung dienen.

Mit Veranstaltungen wie *Cook&Talk* kamen sie dann auch ins Gespräch mit Politikerinnen und Politikern sowie der Verwaltung – ein Veranstaltungsformat, das nun auch die Referenzkommune Rostock für sich entdeckt hat. Doch Kommunikation muss nicht nur zwischen Jugendlichen und Erwachsenen stattfinden: So nutzte der Oberbürgermeister den alljährlichen festlichen Neujahrsempfang der Landeshauptstadt Hannover, um das Vorhaben *Jugend lebt Stadt* den Anwesenden aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft näher zu bringen.

„Um eine jugendgerechte Ansprache zu fördern, ist es wichtig, auch die Kommunikationskanäle zu bedienen, die in der Lebenswelt von Jugendlichen eine Rolle spielen. Dies schließt auch die Sozialen Netzwerke und Messenger wie WhatsApp, Instagram oder YouTube ein. Dabei hat jede Plattform seine ganz eigenen Regeln der Kommunikation, die es wiederum zu beachten gilt, um authentisch und glaubwürdig zu sein. Gerade kommunale Institutionen haben oft das Problem, dass sie diese Kanäle aufgrund von städtischen Richtlinien nicht bedienen können. Hier bedarf es meiner Meinung nach ein Umdenken seitens der städtischen Verwaltung und der kommunalen Politik.“

FLORIAN SEIDEL
BETEILIGUNGSMANAGER BEI ECHT FÜRTH

KURZ UND KNAPP

- Die eigenen Inhalte und Themen, Anliegen und Beteiligungsmöglichkeiten müssen von den Akteuren aktiv in die Kommune hinein kommuniziert werden.
- Es muss überprüft werden, ob die gewählten Kanäle die Zielgruppe auch wirklich erreichen.
- Jugendliche wissen selbst am besten, wie sie erreicht werden können.
- Die eigene Sprache muss der gewählten Zielgruppe angepasst werden und dennoch authentisch sein.
- Transparenz und Information hilft bei Beteiligungsverfahren und einem partnerschaftlichen Umgang mit allen Akteuren.

14 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IST LOBBYARBEIT

„Tue Gutes und rede darüber“ – dies gilt auch für die Schritte zu mehr Jugendgerechtigkeit auf kommunaler Ebene. Eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bietet so nicht nur die Möglichkeit, die eigenen Projekte und Vorhaben sichtbar zu machen, sondern verleiht ihnen einen Platz in der Wahrnehmung von kommunalen Entscheidungsträger/-innen. Vor allen Dingen in jenen Kommunen, in denen eine Tageszeitung eine Lokalredaktion unterhält bzw. ausführliche Lokalteile in einer Tageszeitung angeboten werden, können neben der Berichterstattung über aktuelle Aktionen, Projekte und Veranstaltungen auch Aufrufe zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe oder einem anderen Gremium veröffentlicht werden. Klar ist auch: Für Politiker/-innen spielen lokale und regionale Medien eine große Rolle, um ihre eigenen Themen zu platzieren – ihr Besuch bei einem Jugendforum ist so nicht nur sichtbar für die anwesenden Jugendlichen, sondern auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger einer Kommune, die sich so dann auch für die Anliegen junger Menschen begeistern lassen. Das Internet und Web 2.0-Anwendungen wie Facebook und Instagram sind inzwischen gleichermaßen wichtig: Hat die Jugendgerechte Kommune einen eigenen, auffindbaren Platz auf der offiziellen Website der Kommune?

AUS DER PRAXIS

In allen Referenzkommunen hat sich gezeigt, dass die Präsenz in den lokalen Medien von großer Bedeutung für die öffentliche Wahrnehmung der Jugendgerechten Kommune ist. Überall dort, wo Jugendkonferenzen und Jugendforen stattfanden, an denen politische Entscheidungsträger/-innen beteiligt waren, wurde auch in der lokalen Presse darüber berichtet – in der Regel auch mit Foto, was dem Leser/der Leserin eines Lokalteils sofort auch ins Auge sticht. Finsterwalde, das Anfang 2018 als *Familienfreundliche Kommune* vom Land Brandenburg ausgezeichnet wurden, kann durch die positive Berichterstattung über das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung Schwung für die künftigen Anliegen der Jugendgerechten Kommune mitnehmen, ebenso wie das Projekt *Jugend lebt – Jugend bewegt* aus Sömmerda, dem 2017 der Sonderpreis beim Thüringer Kinder-

und Jugendpreis durch den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow überreicht wurde. Diese und viele andere Beispiele aus der kommunalen Berichterstattung erhöhen die Sichtbarkeit der eigenen Vorhaben und motivieren auch andere Entscheidungsträger/-innen, sich mit der Jugendgerechten Kommune auseinanderzusetzen.

Auch Onlineangebote sind von großer Bedeutung: Im Landkreis Sömmerda ist ein Resultat des Prozesses der Aufbau eines umfassenden Informationsangebotes zur Jugendgerechten Kommune und ihren Einzelvorhaben im Internet. Auf dem Blog jugendbewegtsoemmerda.wordpress.com werden künftig verstärkt Neuigkeiten, Ausschreibungen und selbst produzierte Inhalte der an *Jugend lebt – Jugend bewegt* beteiligten Akteure online zur Verfügung gestellt. Auch in Bad Segeberg werden unter

Oder hat sie sogar eine eigene Website, deren Inhalte von allen beteiligten Akteuren gleichermaßen geliefert werden? Informationen über den Prozess gebündelt online zur Verfügung zu stellen hilft auch dabei, den einzelnen Schritten und Projekten Transparenz zu verleihen. Mediennutzungsstudien wie die JIM-Studie zeigen, dass immer weniger junge Menschen sich auf Facebook oder gar auf Twitter aufhalten, sondern Messengerdienste wie WhatsApp, Threema und Co. verwenden, um sich zu vernetzen und um aktuelle Informationen zu erhalten. Allerdings sind hier die rechtlichen Rahmenbedingungen und Datenschutzbestimmungen zu prüfen, je nach Kommune wird dies unterschiedlich gehandhabt. Dort aber, wo Fachkräfte sich auf die Kommunikationsgewohnheiten junger Menschen einlassen, zeitigt dies Erfolge in der Rückmeldungs- und Engagementkultur. Ebenfalls lohnt sich die Investition in die Erstellung von gedruckten Werbematerialien, die einen Überblick über die Themen und Ansprechpartner/-innen der Jugendgerechten Kommune geben und die zu Veranstaltungen mitgenommen werden können, wo es gilt, andere Akteure für die eigenen Vorhaben zu gewinnen.

jugendgerechte-kommune-segeberg.de gebündelt Informationen zu Projekten, Veranstaltungen und zu den beteiligten Akteuren liefert.

Mit echt-fuerth.de hat die Referenzkommune Fürth das umfassendste Online-Angebot vorgelegt: Neben Informationen rund um das Thema Beteiligung und Jugendgerechtigkeit, gelangt der/die Nutzer/-in hier auch mit wenigem Klicks zu Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte, zu allen wichtigen Anlaufstellen, zum Jugendforum, zum Jugendbeirat und zu den damit verknüpften Social-Media-Kanälen. Fürth nutzt für sich auch einen WhatsApp-Broadcast, über den sie aktuelle Informationen an die Abonnent/-innen ihres Kurznachrichtenangebotes schicken. Diese Methode wird auch von anderen Kommunen genutzt, um möglichst einfach viele

„Um Jugendliche zu erreichen sollte man sich der Lebensrealität von jungen Menschen stellen und erkennen, dass diese de facto im Internet stattfindet. Jugendliche informieren sich über das Internet, tauschen sich aus und haben Teil an etwas. Und all diese drei Fäden laufen in den sozialen Netzwerken zusammen. Doch dabei gilt: Wer glaubt, dass Social-Media-Arbeit damit getan ist, eine Facebook-Seite zu erstellen, der täuscht sich gewaltig. Nicht nur, dass idealerweise alle Arten von sozialen Medien genutzt werden sollten, sondern wichtig ist auch, dass regelmäßig interessant gestaltete Inhalte hochgeladen werden.“

MAXIMILIAN PROTZNER
JUGENDPARLAMENT LEIPZIG

Jugendliche mit Informationen zu versorgen und zu Veranstaltungen einzuladen.

In Berlin, Trier und Leipzig haben die Jugendparlamentarier einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit selbst in die Hand genommen: Sie nutzen Instagram und Twitter, um Bilder und kurze Texte und Links an möglichst viele ihrer Follower zu streuen. Gerade Instagram als soziales Netzwerk spielt bei jungen Menschen eine sehr große Rolle, da hier

niedrigschwellige und gleichermaßen ästhetische Inhalte, also Fotos, dazu genutzt werden können, um auf Aktivitäten aufmerksam zu machen und einen persönlichen Kontakt zwischen den Jugendparlamentariern und Interessierten herzustellen.

Auch die Erstellung von optisch ansprechenden gedruckten Flyern für Veranstaltungseinladungen hat u.a. in Merzig-Wadern für die Sichtbarmachung der Aktivitäten rund um die

Jugendgerechte Kommune gesorgt und so die Aufmerksamkeit für die 2017 durchgeführten Zukunftswerkstätten erhöht. Fachkräfte aus allen Referenzkommunen berichten aber auch, dass der persönliche Kontakt zu Jugendlichen und zu politischen Entscheidungsträger/-innen von sehr großer Bedeutung ist, um Interessierte für die Jugendgerechte Kommune zu gewinnen und zu aktivieren.

KURZ UND KNAPP

- Informationen zur jugendgerechten Kommune und ihren Vorhaben sind online leicht auffindbar und werden regelmäßig aktualisiert.
- Die Öffentlichkeitsarbeit wird von Jugendlichen und Erwachsenen gemeinsam geplant, gestaltet und umgesetzt.
- Lokale Medienpartnerschaften sind wichtig für eine gute und transparente Berichterstattung und machen die eigenen Aktivitäten sichtbar.

15 SCHULE ALS PARTNERIN FÜR JUGENDGERECHTIGKEIT

Im Leben von Jugendlichen nimmt Schule einen ganz wesentlichen Stellenwert ein: Hier verbringen sie einen Großteil ihrer Zeit, treffen ihre Freundinnen und Freunde und werden für die Zukunft und das eigenständige Leben vorbereitet. Auf der einen Seite gehört die Ganztagsschule in ihren vielfältigen Ausprägungen inzwischen zur Lebensrealität junger Menschen und verändert so auch ihren Bezug zu den Kommunen, in denen sie leben. Dies steht aber nicht selten in einem Konfliktverhältnis zu Bedürfnissen nach zeitlichen und räumlichen Freiräumen, zu ehrenamtlichem Engagement und zum Wunsch nach Beteiligung an der Gestaltung des Lebens- und Lernortes Schule selbst. Auf der anderen Seite ist für das Vorhaben der Jugendgerechten Kommune die Kontaktpflege und die Kooperation mit dem System Schule eine wesentliche (und nicht immer überwindbare) Hürde für die Einbindung junger Menschen in den Prozess. Dies beruht auf verschiedenen strukturellen Faktoren: Ist die Schule in kommunaler Trägerschaft oder in Trägerschaft des Landkreises? Gehen nur Jugendliche aus der Kommune auf eine

Schule oder ist ihr Einzugsgebiet ein ganzer Landkreis? Gibt es Schulsozialarbeiter/-innen und in welcher Trägerschaft arbeiten sie? Existieren bereits gelingende Kooperation mit außerschulischer Jugendarbeit und Ganztagsschule? Hinzu kommen Gelingensfaktoren, die auf individuellen Konstellationen und Bedingungen beruhen: Begegnen sich Schule und der Prozess Jugendgerechte Kommune auf Augenhöhe? Kennen sich die Ansprechpartner/-innen persönlich? Erkennen die Lehrer/-innen für sich und ihren Unterricht die Jugendgerechte Kommune als Lernfeld politischer und demokratischer Bildung an? Und manchmal sind auch sehr praktische Faktoren entscheidend: Können Schülerinnen und Schüler sich allein zeitlich im Rahmen von kommunalen Beteiligungsformaten engagieren, wenn sie eigentlich durch die gebundene Ganztagsschule keine Möglichkeit dazu haben? Nicht zuletzt fällt es Akteuren aus dem Bereich Schule manchmal schwer, sich für andere Perspektiven auf Jugendliche zu öffnen, die formale Bildung nicht in den Mittelpunkt allen Handelns stellen.

AUS DER PRAXIS

Das Beteiligungsformat, für das sich Trier ab 2018 entschieden hat, setzt eine enge Kooperation mit Schule voraus: Angelehnt an das sogenannte *Herrenberger Modell* wurden alle all-gemeinbildenden Schulen der Stadt dazu eingeladen, zwei Delegierte pro 9. Klasse zur Jugendkonferenz zu entsenden, um dort gemeinsam mit Jugendlichen aus der jugendkulturellen Szene, aus Jugendzentren und aus den Jugendverbänden Themen zu erarbeiten, die sie betreffen und bewegen. In enger Vernetzung mit dem Trierer Jugendparlament sollen so Projektteams entstehen, die themenorientiert ihre Ideen und Vorhaben in die Kommunalpolitik geben und so ihre Stadt konkret mitgestalten können. Auch die Referenzkommune Fürth hat, teilweise mit hohem personellem Einsatz, die Schulen im Stadtgebiet dazu motivieren können, Delegierte zum Jugendforum zu entsenden. Die oben beschriebenen Herausforderungen sind damit zwar noch nicht abschließend aus dem Weg

geräumt, es zeigt sich aber, dass durch die Kooperation mit Schule mehr junge Menschen für die Jugendgerechte Kommune begeistert werden können. Dass Schülerinnen und Schüler, die nicht unmittelbar in einer Kommune ihren offiziellen Wohnsitz, sehr wohl aber ihren Lebensmittelpunkt haben und deshalb dort mitbestimmen möchten, hat sich in Bad Segeberg gezeigt; hier wurde eine Stadtübergreifende Schüler*innenvertretung gegründet, die intensiv mit dem 2017 neu gewählten Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Bad Segeberg zusammenarbeitet und gemeinsam Veranstaltungen und Fortbildungen plant und durchführt. Verwaltungsrechtliche Hürden der Mitsprache in kommunalen Gremien werden hier von allen Akteuren gezielt in Angriff genommen und die Stadt stellt den Jugendlichen der Schüler*innenvertretung trotz eines engen kommunalen Haushaltes Mittel und Räume zur Verfügung.

Die Nachhaltigkeitsregion 5G und die Stadt Finsterwalde haben im Zuge des Kommunalprozesses erfolgreich Projekte der Kinderbeteiligung an Grundschulen aufgebaut, die die beiden Referenzkommunen langfristig als nachhaltige Beteiligungsformen über die Grundschulzeit hinweg zu verankern gedenken. In beiden Kommunen erhielten diese Projekte großen Zuspruch in der Bürgerschaft und sehr gutes Presseecho, ein Großteil der Forderungen der Grundschülerinnen und -schüler konnte direkt umgesetzt werden. Ein Gelingensfaktor war hier u.a. die kommunale Trägerschaft der Schulen, die den Kontakt zwischen Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schule wesentlich vereinfachte.

Für das Gelingen des Jugendforums in Hamburg-Nord war u.a. entscheidend, dass die jugendlichen Teilnehmenden vom Unterricht für das Jugendforum freigestellt worden sind und so Anerkennung für ihr Engagement für die

Jugendgerechte Kommune erhalten haben. Insgesamt ist hier die Kooperation mit den Schulen im Stadtteil als positiv zu bewerten, da die Schulleitungen das Projekt sehr unterstützt

haben und ermöglicht haben, dass im Rahmen von Klassenbesuchen über die Anliegen des Jugendforums informiert werden konnte. Leider konnten darüber hinaus noch keine weiteren Koopera-

tionen zwischen Kommune und Schule entstehen, was an dieser Stelle auch der Dynamik einer Großstadt geschuldet ist.

„Unsere Stadt Naumburg ist nicht spürbar jugendgerechter geworden. Sich trotzdem der Herausforderung zu stellen, den politischen Entscheidungsträgern zu verdeutlichen, dass Jugendgerechtigkeit einen Mehrwert für die Kommune darstellt, ist wichtig. Es lohnt sich, schon allein wegen der engagierten jungen Menschen, den Prozess fortzusetzen.“

SUSANNE RIESKE
STADTJUGENDPFLEGERIN IN NAUMBURG

KURZ UND KNAPP

- Kooperation mit Schule auf Augenhöhe, von Prozessbeginn an, ermöglicht die Teilhabe von vielfältigen Jugendlichen an der Jugendgerechten Kommune.
- Jugendgerechtigkeit ist ein Aspekt politischer und demokratischer Bildung, auch wenn sie nicht im Klassenzimmer stattfindet.
- Schule und Jugendarbeit haben jeweils unterschiedliche Arbeits- und Lernformen, von denen aber beide Partner profitieren, wenn einmal der persönliche Kontakt hergestellt ist.

16 JUGENDGERECHTE KOMMUNEN SIND LÄNDERTHEMA

Die Lebenswelten Jugendlicher sind vor allem in der eigenen Kommune zu finden, und dort auch gestaltbar. Dennoch sind viele Rahmenbedingungen über die Bundesländer geregelt, z.B. über die Gemeindeordnungen. Die Landesebenen bieten zudem regelmäßig die Möglichkeit, gute Erfahrungen an andere Kommunen weiterzugeben und gemeinsam neue Wege zu Jugendgerechtigkeit zu entdecken. Auch die Landesebene profitiert davon, sich Jugendgerechte Kommunen genauer anzuschauen und die dort gewonnenen Erkenntnisse in der

eigenen Arbeit zu reflektieren. Einige Bundesländer unterstützen ihre Kommunen mittlerweile mit eigenen Programmen und Strategien bei der Erprobung jugendgerechten Handelns vor Ort. Insbesondere bei Themen von kommunaler Relevanz, die jedoch durch eine einzelne Kommune nur bedingt steuerbar sind (Mobilität im ländlichen Raum, Internetausbau,...), ist die Landesebene als Partnerin unverzichtbar.

AUS DER PRAXIS

Die Stadt Trier hat sich erfolgreich für eine Teilnahme an der Jugendstrategie *Jung. Eigenständig. Stark.* des Landes Rheinland-Pfalz beworben, welche die Entwicklung kommunaler Jugendstrategien in fünf Kommunen in Rheinland-Pfalz begleitet. Damit knüpft Trier nahtlos an Arbeitsergebnisse des Prozesses der Jugendgerechten Kommunen an. Gleichzeitig bringt Trier diese Erfahrung in den Austausch mit den vier anderen ausgewählten Kommunen ein und profitiert selbst davon, durch den Kontakt mit anderen Kommunen und der Landesebene neue Anstöße zu erhalten.

Das Land Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition von verpflichtender Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene (geregelt in §47f der Gemeindeordnung). Es hat deshalb auch von

Beginn an großes Interesse am Prozess in Bad Segeberg gezeigt und diesen auch in die eigene Berichterstattung zum Stand der Jugendbeteiligung im Land aufgenommen. Für Bad Segeberg war es hingegen hilfreich, in Fragen Jugendbeteiligung einen klaren gesetzlichen Auftrag und kompetente Ansprechpersonen zu haben.

Die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen haben den Prozess auf Bundesebene zum Anlass genommen, einen gemeinsamen Fachtag für Fachkräfte der Jugendarbeit und der Jugendämter zu veranstalten. Dieser nutzte sowohl die Erfahrungen der Stadt Hannover als auch Kompetenzen anderer Kommunen mit ähnlichen Prozessen sowie Wissen von Landes- und Bundesebene. So konnte aus dem Prozess in Hannover ein Mehrwert für andere nieder-

sächsische Kommunen entstehen. Auch die Stadt Fürth teilt ihre Erfahrungen und Kompetenzen im Austausch mit anderen Kommunen und verbreitert so die Wissensbasis in Bayern. Der Bayerische Jugendring hat – gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden – einen eigenen Prozess zu Jugendgerechtigkeit auf der kommunalen Ebene angestoßen. Dies wiederum gibt dem Prozess in Fürth Rückenwind, da auch Akteure außerhalb des Jugendbereichs auf die Bedeutung des Themas aufmerksam werden. Weitere Referenzkommunen wie Rostock und Sömmerda sind als Expertinnen für die Jugendgerechte Kommune bei Veranstaltungen auf Landesebene eingeladen und gestalten so aktiv die Eigenständige Jugendpolitik in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Thüringen mit.

„In unserem Landkreis wird jetzt an vielen Stellen mehr mit Jugendlichen gesprochen als zuvor. Das Jugendamt und andere Akteure treffen sich regelmäßig mit uns, zum Reden und Diskutieren. Dabei wird jeder ernst genommen. Zusätzlich steigt die Nachfrage über unsere Sichtweise von Projekten und das freut mich sehr. Mein Highlight aber war die Nominierung für den Kinder- und Jugendpreis von DER PARITÄTISCHE Bunt-Stiftung Thüringen/Finanzgruppe Hessen-Thüringen, wo sogar der Ministerpräsident Bodo Ramelow unser Engagement lobte.“

JONAS ECKE
JUGENDLICHER AUS DEM LANDKREIS SÖMMERDA

KURZ UND KNAPP

- Aktivitäten auf Landes- und Kommunalebene können sich gegenseitig stärken und inhaltlich voranbringen.
- Die Vernetzung mit der Landesebene hilft den Kommunen, Problemlagen außerhalb ihres Wirkungs- oder Kompetenzgebiets anzugehen.
- Eine auf Landesebene beschlossene verpflichtende kommunale Jugendbeteiligung kann Aktivitäten in den Kommunen anregen und unterstützen.

IV. FOKUSGRUPPEN

In der Jugendgerechten Kommune

Fokusgruppen

Eine Kommune wird dann jugendgerecht, wenn alle mitziehen: Jugendliche, Fachkräfte aus der Jugendarbeit und Jugendhilfe, Verantwortliche in der kommunalen Verwaltung und Entscheidungsträger/-innen in der Politik vor Ort. Das Besondere am Projekt *Jugendgerechte Kommune* ist deshalb auch die Idee, dass der Prozess von allen Akteuren gemeinsam gestaltet wird. Auf den Peer-Learning-Seminaren wurden nicht nur Gespräche zwischen den Akteuren der Referenzkommunen, sondern auch Austausch zwischen Vertreter/-innen der unterschiedlichen Fokusgruppen ermöglicht. Auch wenn diese Gruppen wiederum selbst sehr heterogen sind und unter verschiedenen Voraussetzungen ihr Engagement für Jugendgerechtigkeit gestalten, lohnt sich hier ein genauerer Blick auf ihre spezifischen Perspektiven und Herausforderungen.

JUGENDLICHE



JUGENDARBEIT



VERWALTUNG



POLITIK



JUGENDLICHE



Jugend findet in der Kommune statt, hier wachsen Kinder zu Jugendlichen und zu jungen Erwachsenen heran, gehen in der Regel zur Schule und in die Ausbildung, ihren Hobbies nach und hier leben ihre Familien, ihre Freundinnen und Freunde. Doch *die Jugend* gibt es nicht: Jugend ist vielfältig, und die Lebenswelten junger Menschen unterscheiden sich genau so sehr voneinander wie jene von Erwachsenen. Ältere haben Vorstellungen von Jugend und selbst Erfahrungen damit, jung zu sein und bewerten Jugend oftmals im Vergleich mit ihren eigenen Erinnerungen. Das Reden über *die Jugend von heute* ist deshalb häufig geprägt von Pauschalierungen und bestimmten Etikettierungen, die es in der Kommunalpolitik erschweren außerhalb von Klischees

und gefestigten Jugendbildern zu argumentieren. Aber: Auch Jugendliche selbst operieren mit Stereotypen von Politik, Verwaltung und Jugendarbeit, die es zu durchbrechen gilt, indem sie mit jenen in Kontakt kommen, die sie als verantwortlich für ihre Lebenswelten in der Kommune wahrnehmen.

Peergroups kommen aus umliegenden Kommunen. Diese Rahmenbedingungen fordern ein mehrfaches Umdenken der Akteure für Jugendgerechtigkeit: Einerseits müssen Beteiligungsangebote ihre Beteiligungsgegenstände klar definieren, damit Jugendliche mit ihren punktuellen Anliegen andocken können. Andererseits sind die Jugendlichen mit einem berechtigten Beteiligungsinteresse nicht zwangsläufig nur anhand des Wohnorts zu identifizieren, sondern gegebenenfalls auch anhand ihres Lebensmittelpunkts. Für Kommunen, deren jugendliche Bevölkerung einen Großteil der Zeit außerhalb des Wohnorts verbringt, stellt sich hingegen die Frage der Zielgruppenansprache. Für alle Kommunen gleichermaßen gilt, dass jugendliche Zeit eine knappe Ressource ist.

JUGENDLICHES ENGAGEMENT VOR ORT

Insbesondere der Beginn der Lebensphase Jugend wird sehr stark von Schule und Ausbildung geprägt: Diese Institutionen strukturieren das Leben und begrenzen die Räume, die noch selbst gestaltbar sind. In Folge der stärkeren Betonung der formalen Bildung durch die Ganztagschule und verkürzte Gymnasialzeiten in der Lebensphase, die in den letzten Jahren stattfand, verändern sich auch die Formen jugendlichen Engagements. Statt einer Mitgliedschaft in einem Verein und der Bindung an dauerhafte Strukturen steht themenbezogenes und projekthaftes Engagement im Vordergrund – insbesondere in größeren Städten. Hinzu kommt, dass der Wohnort nicht zwangsläufig die Kommune ist, in der am meisten Zeit verbracht wird: Im ländlichen Raum sind Schul- und Freizeitangebote oftmals nicht mehr vor Ort verfügbar,

Jugendliches Engagement wird zudem dadurch erschwert, dass Erwachsene nicht selten ihre eigenen Vorstellungen über und Erwartungen an Jugendliche auf diese projizieren. Zum Teil werden Jugendliche mit überzogenen Erwartungen oder übertriebenen Befürchtungen überfrachtet. Ob im Positiven oder im Negativen: Allzu einseitige Kenntnisse über die Lebensphase Jugend führen zu Missverständnissen und Enttäuschungen. Es ist daher wichtig, dass sich alle anderen Fokusgruppen auf die Jugendlichen vor Ort einlassen und sich mit deren Lebensrealitäten und Bedürfnissen vertraut machen.

VIelfältige Jugend – VIelfältiges Engagement

Wenn jugendliches Engagement nicht mehr in dem Maße innerhalb von Jugendverbänden und Vereinen stattfindet, wie dies noch vor 10 oder 15 Jahren der Fall war, so erscheint es nicht verwunderlich, dass Jugendliche sich die Frage stellen, wo und wie sie ihre Anliegen politisch vertreten können bzw. wer sie vertritt, wenn sie sich nicht in organisierten Strukturen bewegen. Dies fordert zum einen die Jugendverbände heraus, da sie ihren Vertretungsanspruch noch besser kommunizieren und die eigenen Beteiligungsstrukturen verbessern müssen; zum anderen bedeutet das für Politik, dass sie auch nicht-verbandlich organisierte Jugendliche als gleichberechtigte Gesprächspartner akzeptiert.

AUGENHÖHE UND INFORMATION

Jugendlichen wird bisweilen vonseiten der Politik zu Unrecht unterstellt, dass sie Jugendbeteiligung als eine egoistische Wunsch-dir-was-Veranstaltung verstehen. Dabei zeigt die Erfahrung aus den Referenzkommunen, dass Jugendliche sehr wohl Verständnis für längere Abläufe in Verwaltung und Politik haben sowie für Kompromisse offen sind, wenn man sie transparent in den Prozess einbindet und erklärt, was gerade warum passiert und wo sich ein Vorhaben derzeit befindet. Auch für finanzielle und strukturelle Limitierungen bringen Jugendliche Verständnis auf, sofern diese nicht von oben herab als Basta-Politik kommuniziert werden, sondern transparent gemacht werden. Zudem können Jugendliche innovative Impulse in Politik und Verwaltung einbringen, wenn es eine Bereitschaft gibt, diese auch zu hören und aufzunehmen. Jugendliche sind keine Kinder, weshalb sie verständlicherweise mit Unmut reagieren, wenn Erwachsene ihnen nicht auf Augenhöhe begegnen wollen oder können.

Bei allem Verständnis für Verwaltungs- und Politikprozesse gilt aber auch: Eine zügige Bearbeitung jugendlicher Anliegen kommt Jugendlichen sehr entgegen. In dieser sehr dynamischen Lebensphase kann jahrelanges Warten auf eine Umsetzung dazu führen, dass Jugendliche den Erfolg ihres Engagements selbst nicht mehr nutzen werden. Bei vielen Beteiligungsthemen zeigt sich zudem, dass Jugendliche sehr wohl auch die Interessen anderer Bevölkerungsteile im Blick haben, gemeinsame Interessen identifizieren können und sich auf Kompromisse zum allseitigen Vorteil gut einlassen können. Jugendliche haben zudem ein sehr feines Gespür, wenn ihre Interessen und Veranstaltungen für fremde Zwecke, z.B. Wahlkämpfe, vereinnahmt werden sollen, und reagieren darauf mit Ablehnung und Rückzug. Sie wünschen sich – wie Erwachsene auch – dass Politikerinnen und Politiker auch nach ihrer Wahl zu ihrem Wort stehen und mit ihnen im Dialog bleiben.

VERNETZUNG

Jugendliche, die stark in Prozesse eingebunden sind, sind die besten Multiplikator/-innen, um noch mehr Jugendliche anzusprechen. Sie sind untereinander bestens vernetzt, verstehen die Nutzung der populären Social-Media-Plattformen und Messengerdienste und finden zudem eine verständliche Sprache. Gleichzeitig profitieren sie vom Austausch mit engagierten Jugendlichen in anderen Kommunen, lernen von deren Erfahrungen und vernetzen sich über kommunale Grenzen hinweg zu strukturellen und politischen Herausforderungen, denen sie sich gegenübersehen.

JUGENDARBEIT



Fachkräfte der kommunalen Jugendarbeit sind in Jugendeinrichtungen, Jugendverbänden und anderen Arbeitsfeldern beschäftigt. Sie sind in der exklusiven Position, Zugänge zu allen anderen Fokusgruppen zu besitzen: Politik und Verwaltung stehen mit ihnen

im Kontakt, da sie über die kommunal geförderten Angebote der Jugendarbeit beraten und entscheiden; Jugendliche hingegen suchen ihre Angebote auf und gestalten diese zum Teil mit den Fachkräften. Damit sind sie eine kostbare Ressource für Jugendliche und

Erwachsene und können dort vermitteln und erklären, wo die jeweils andere Lebenswelt nicht verstanden wird. Dies zeigt jedoch auch an, wie schwer es in einer Kommune werden kann, wenn die Jugendarbeit nicht ausreichend ausgestattet ist.

PROFESSIONALITÄT UND UNTERSTÜTZUNG FÜR JUGEND

Fachkräfte der Jugendarbeit sind im Regelfall für die Arbeit mit diversen Gruppen ausgebildet und bringen die Professionalität mit, um konstruktive Dialogprozesse auch in vielfältigen Gruppen und uneinheitlichen Interessenlagen zu moderieren und zu gestalten. Dabei sind sie sowohl in der Vorbereitung, in der Durchführung als auch in der Nachbereitung wertvolle Unterstützung für die beteiligten Akteure. Sie können Jugendliche hinsichtlich Politik- und Verwaltungsprozessen beraten und erläutern, welche Zugänge für ihre Anliegen offen sind. Politik und Verwaltung hingegen können auf Jugendarbeit zugreifen, um Unterstützung bei der Bearbeitung jugendlicher Anliegen zu erhalten. Fachkräfte der Jugendarbeit haben zudem die Möglichkeit, Strömungen und Interessen Jugendlicher zu beobachten und zu erkennen, welche Handlungsbedarfe vor Ort zu bearbeiten sind. Diese Anliegen Jugendlicher können Fachkräfte bei Politik und Verwaltung vortragen. Das Eintreten für jugendliche Interessen ist ein schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit von Jugendlichen.

Durch ihren guten Überblick über die verschiedenen jugendlichen Lebenswelten können Fachkräfte – vor allem, wenn sie mit anderen Fachkräften vor Ort im Austausch stehen – Jugendliche mit ähnlichen Interessen in Kontakt miteinander und mit Politik und Verwaltung bringen, um diesen Interessen zu einer besseren Geltung zu verhelfen. Neben der besseren Durchsetzung eigener Anliegen erfahren Jugendliche so die Bedeutung von Interessenbündelung und Kompromissen zum gegenseitigen Vorteil.

Nicht zuletzt bieten Fachkräfte Jugendlichen Freiräume zum Experimentieren: Wenn Fachkräfte sich um organisatorische und protokollarische Arbeit kümmern, gibt dies Jugendlichen die Möglichkeit, sich konzentriert mit ihren Anliegen zu beschäftigen. Zudem können sich Jugendliche bei Fachkräften organisatorische Fähigkeiten anschauen und sich bei Interesse im sicheren Rahmen ausprobieren.

JUGENDBETEILIGUNG ALS AUFGABENFELD DER JUGENDARBEIT

Jugendliche darin zu unterstützen, sich politisch und gesellschaftlich Gehör zu verschaffen, erfordert von Fachkräften der Jugendarbeit auch eine bestimmte Haltung in ihrer Profession: Im Fokus dieser Arbeit steht dann nicht, Jugendliche an bestehende Verhältnisse anzupassen, sondern mit ihnen gemeinsam und auf Augenhöhe, prozessorientiert und auf der Basis eines humanistischen Menschenbildes zu arbeiten. Dies bedeutet zum einen, in bestimmte Prozesse der Jugendbeteiligung auch dann nur beratend, aber nicht steuernd einzugreifen, wenn die Umsetzung eines Vorhabens zum Beispiel einer Jugendgruppe nicht zu gelingen droht – denn auch das gehört zur Lernerfahrung dazu. Zum anderen gilt es aber auch, sich als Fachkraft der Jugendarbeit als partei-

liche und auch politische Person für Jugendliche und ihre Interessen zu begreifen, selbst dann, wenn dies Konflikte mit Politik und Verwaltung nach sich zieht.

Eine Haltung, die der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht fremd ist, die aber noch einmal besonders jene Fachkräfte herausfordert, die zum ersten Mal mit offenen Formen der Beteiligung in Kontakt kommen, bezieht sich darauf, mangelnde Beteiligung an diesen Veranstaltungen nicht persönlich zu nehmen. Einige Erfahrungen aus den Referenzkommunen zeigen, dass auch dann, wenn Fachkräfte ihre Angebote breit bewerben und auf vielen Wegen dazu einladen, Veranstaltungen nicht gut besucht waren. Für die Fachkraft

ist es dann wichtig, zum einen die eigene Methode kritisch zu hinterfragen statt sich vom Thema Jugendbeteiligung zurück zu ziehen, und zum anderen diese Erfahrung nicht als Scheitern zu bewerten, sondern im eigenen Erfahrungshorizont zu verbuchen. Gute Fachkräfte der Jugendarbeit

profitieren von Jugendgerechtigkeit und Jugendbeteiligung für ihr eigenes Arbeitsfeld und zur Erweiterung ihrer Methodenkompetenz.

WERTSCHÄTZUNG UND KONTINUITÄT SICHERSTELLEN

Fachkräfte der Jugendarbeit stehen jedoch in vielen Kommunen unter erheblichem Druck: Beschäftigungsverhältnisse werden prekärer, Strukturen der Jugendarbeit werden – sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Anzahl der Jugendlichen – seit Jahren abgebaut. Stellen sind oftmals befristet, niedrig entlohnt und abhängig von Projektfinanzierungen. Fachkräfte der Jugendarbeit haben daher ein Interesse an der Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes, erfahren aber auch eine demotivierende materielle Geringschätzung ihres Engagements. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse sorgen zusätzlich für erhöhte Personalfluktu- ation und Vakanzen. Die immens wichtige Beziehungsarbeit mit Jugendlichen beginnt so regelmäßig von Neuem. Der hohe Druck auf den Fachkräften kann zudem dazu führen, dass diese ihre Frustration über die politische Geringschätzung ihrer Arbeit als generelle Politikverdrossenheit an *ihre* Jugendlichen übertragen. Am Zustand von Jugendeinrichtungen, Sportstätten und Schulen lesen Jugendliche zudem ebenfalls die politische Wertschätzung für Jugendliche ab. Eine Jugendgerechte Kommune hat daher ein großes Eigeninteresse daran, ihre Fachkräfte der Jugendarbeit in ansprechenden Beschäftigungsverhältnissen anzustellen und so eine stabile Brücke zur Jugend in einer Kommune zu schlagen.

VERWALTUNG



Gemeindeverwaltungen in Deutschland sind zunächst einmal die Ansprechpartner für alle Anliegen und Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger einer Kommune, die durch die jeweiligen Gemeindeordnungen geregelt sind. Je nach Größe einer Kommune ist die Verwaltung in verschiedene Ämter, Einheiten und Abteilungen gegliedert, die unterschiedliche Sachgebiete betreuen. Jugendämter

(manchmal auch Abteilung für Jugend oder Amt für Jugend und Soziales o.Ä.) sind in der Regel auf Landkreisebene oder in kreisfreien Städten angesiedelt und arbeiten zweigliedrig, also im Zusammenwirken von Verwaltung und Jugendhilfeausschuss; in Kommunen ohne eigenen Jugendhilfeausschuss werden Jugendthemen in keinem speziellen Ausschuss verhandelt, zumeist finden sie dann formal ihren Platz im

Sozialausschuss. Die Verwaltung ist wiederum dafür zuständig, die Beschlüsse dieser Ausschüsse umzusetzen, zum Teil ist sie auch in die Vorbereitung von Beschlüssen stark eingebunden. Deshalb ist sie neben der Politik ein wichtiger Akteur an der Schnittstelle zu Fachkräften und Organisationen der Jugendarbeit und dadurch auch zu den konkreten Bedürfnissen junger Menschen.

junger Menschen keinen Eingang in das zuständige Ressort findet, da kein Kontakt in das Jugendressort besteht. In jenen Referenzkommunen, in denen die Federführung für das Projekt *Jugendgerechte Kommune* in der Verwaltung verortet war, konnte dadurch auch einfacher Kontakt zu anderen Ressorts und Verwaltungseinheiten hergestellt werden. Dies gilt insbesondere in kleineren Kommunen, in denen die Verwaltungsmitarbeiter/-innen sich persönlich kennen oder zumindest die Amtswege nicht besonders lang sind. Dies beginnt beim Kontakt zum Hauspersonal im Rathaus, das die Sitzungsräume verwaltet und geht bis hin zur Einbindung mehrerer Ressorts in Steuerungsgruppen für mehr Jugendgerechtigkeit.

IN KONTAKT KOMMEN, VONEINANDER LERNEN

Für engagierte Jugendliche ist häufig der erste Kontakt mit der kommunalen Verwaltung prägend für das Bild, das sie von ihrer eigenen Stadt und ihren Mitsprachemöglichkeiten vor Ort haben: Werden ihre Anliegen gehört? Werden sie als mitsprachefähige Bürgerinnen und Bürger wahr- und ernstgenommen? Nimmt man sich Zeit für sie und erklärt ihnen bestimmte administrative Vorgänge? Hier ist die Haltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung entscheidend: Versteht sich Verwaltung als Möglichmacherin im Rahmen der Gemeindeordnung oder der Kommunalverfassung und macht ihre eigenen Prozesse und ihr eigenes Handeln transparent, so stößt sie bei Jugendlichen eher auf Verständnis für die Dauer von Entscheidungs- und Kommunikationsprozessen. Wenn sie Jugendliche als ungebetene Bittsteller markiert und über das weitere Vorgehen, zum Beispiel hinsichtlich der Umsetzung von Beschlüssen, im Ungewissen lässt, wenden sich Jugendliche von der Verwal-

tung – und damit auch von ihrer Kommune – ab. Wie im Falle der Entscheidungsträger/-innen in der Politik ist es auch hier notwendig, dass Menschen, die in der Verwaltung, aber nicht im Jugendressort selbst tätig sind, verstehen, mit welchen Lebensrealitäten junge Menschen konfrontiert sind. In jenen Referenzkommunen, in denen die am Projekt beteiligten Jugendlichen ressortübergreifend mit der Verwaltung ins Gespräch kamen oder sogar Qualifizierungsangebote für die Verwaltung konzipieren und anleiten durften, konnten Jugendthemen innerhalb der Verwaltungsstrukturen besser angesprochen und umgesetzt werden. Es lohnt sich, Übersetzungsprozesse zwischen den Lebenswelten Jugendlicher und der Sprache und dem Denken von Verwaltung zu initiieren, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen und gleichermaßen neue Impulse in Verwaltungsstrukturen auszusenden, die bestehende Vorgänge verbessern können.

Die ressortübergreifende Zusammenarbeit kann dabei sowohl von der Verwaltungsspitze verordnet und kontrolliert werden als auch auf der Arbeitsebene über den kurzen Dienstweg entstehen. In beiden Fällen ist es entscheidend, dass die ressortübergreifende Zusammenarbeit von allen beteiligten Ressorts als fruchtbar für die eigene Arbeit erlebt wird. Der Auftrag an das Jugendressort ist dabei, den Mehrwert der Kooperation für die jugendlichen Bürger/-innen sowohl auf der kurzfristigen als auch auf der langfristigen, strategischen Ebene für eine Kommune herauszuarbeiten und darzustellen.

Ob in kleineren oder in größeren Kommunen – eines steht fest: Ist die Verwaltungsspitze und/oder die politische Führung einer Kommune von Jugendgerechtigkeit als Handlungsfeld überzeugt und gibt sie dies als Haltung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung weiter, so zeigen sich diese offener für neue oder bisweilen auch unkonventionelle Anfragen durch Jugendliche.

RESSORTÜBERGREIFENDES HANDELN IN DER KOMMUNALVERWALTUNG

Verwaltungseinheiten und in der Verwaltung tätige Personen haben in der Regel klare Stellenprofile und Zuständigkeitsbereiche, innerhalb derer sie sich nicht nur sehr gut auskennen, sondern in denen sie auch Entscheidungen treffen können. Je nach Organisationsstruktur einer kommunalen Verwaltung finden regelmäßige Austauschrunden innerhalb einer Abteilung oder eines Ressorts statt, in denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenseitig über laufende Entwicklungen informieren. So können im Bestfall Synergieeffekte geschaffen werden, von denen ein Thema wie Jugend-

gerechtigkeit in hohem Maße profitiert. Ebenso notwendig ist es, dass in der kommunalen Verwaltung ressortübergreifend unter Einbezug der Abteilung Jugend gehandelt wird, da gemeinsam beratene Anliegen vielfach auch Jugendliche betreffen. Ressortübergreifendes Denken und Handeln ist ein entscheidendes Kriterium für das Gelingen von Jugendgerechtigkeit vor Ort: So haben Jugendliche zum Beispiel in stadtplanerischen Angelegenheiten, die vom Bauamt geplant und durchgeführt werden, nicht nur wenig Mitsprachemöglichkeiten – weil schon das Wissen über die Lebenswelten



Der Peer-Learning-Prozess hat gezeigt, dass es nicht einfach ist, politische Amts- und Mandatsträger/-innen für die Zielgruppe Jugend und das Thema

Jugendpolitik zu gewinnen. Dies hat mehrere Gründe, die zum einen mit strukturellen Bedingungen der rund 11.000 Kommunen in ganz Deutschland

zu tun haben, und die zum anderen auf den immer noch geringen Stellenwert von Jugendgerechtigkeit im politischen Alltagsgeschehen verweisen.

KOMMUNEN IN DEUTSCHLAND

Je nach Größe und Bundesland sind die politischen Strukturen sowie die Verwaltungsstrukturen einer Kommune sehr unterschiedlich: In kleineren Kommunen sind die Bürgermeister/-innen ehrenamtlich mit der Gemeinde- und Verwaltungsleitung beauftragt, in größeren Kommunen sind sie hauptamtlich tätig und haben Beigeordnete (die je nach Bundesland anders bezeichnet werden), mit denen sie sich die Geschäftsbereiche teilen. Selbiges gilt für Gemeinderäte, Stadträte oder andere Vertretungen in den kommunalen Parlamenten: In großen Kommunen sind es (teil-) berufsmäßige, in kleinen Kommunen sind es ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder, die die Bürgerinnen und Bürger in Fraktionen oder parteilos politisch vertreten. Auch sind je nach Bundesland und Größe der Kommune die Zuständigkeiten für Jugend in unterschiedlichen Gremien und Ausschüssen verortet. In Anbetracht der großen Themenvielfalt, die auf kommunaler Ebene die Menschen und damit auch Politiker/-innen bewegt, macht *Jugend* bzw. das Thema Jugendgerechtigkeit jedoch zumeist nur einen sehr kleinen Teil in einem großen kommunalen Sachgebiet aus, das zurzeit u.a. von der Politik für Kinder in Form des gesetzlichen Anspruchs auf

Kindertagesbetreuung und dessen Umsetzung auf kommunaler Ebene dominiert wird. Jene Politiker/-innen, die sich in Sozial- oder Jugendhilfeausschüssen engagieren, müssen folglich (auch in Anbetracht ihres Zeitbudgets) Prioritäten setzen, was für die Kommune am dringendsten geklärt und umgesetzt werden muss, wo eine Kommune finanzielle und personelle Investitionen vorzunehmen hat, sie aus rechtlicher Sicht handeln muss und sie sich selbst auch Freiräume erlauben kann. Nicht zuletzt spielen hier auch die Arbeitsschwerpunkte und Erfahrungshorizonte politischer Entscheidungsträger/-innen eine große Rolle und ob sie selbst einen persönlichen oder fachlichen Bezug zu jugendlichen Lebenswelten haben. Aktive Fürsprecher/-innen unter Kommunalpolitiker/-innen für Jugendgerechtigkeit zu finden ist unter diesen Umständen eine Herausforderung, die einerseits einer gezielten Lobbyarbeit bedarf und die andererseits Politik davon überzeugen muss, dass es sich lohnt, jugendliche Anliegen in das Zentrum des eigenen Handelns zu stellen, auch wenn die Sachzwänge dafür zunächst nicht so auf der Hand zu liegen scheinen, wie sie dies in anderen kommunalpolitischen Handlungsfeldern tun.

JUGEND: UNSICHTBAR, BIS WAS PASSIERT?

Es zeigt sich auch, dass „Jugend“ häufig erst dann in den Fokus politischen Handelns rückt, wenn beispielsweise Konflikte um die Nutzung öffentlicher Flächen wie Parks und Plätze zwischen Erwachsenen und (einigen wenigen) Jugendlichen entstehen und diese dann stellvertretend für „die Jugend“ in einer Kommune als Problem behandelt werden. Jugendliches Engagement und Jugendgerechtigkeit treten so hinter ein defizitäres Bild von Jugend zurück und werden nicht als Teil der Lösung anerkannt, die unter Umständen hätte verhindern können, dass es zu solchen Konflikten kommt. In jenen Referenzkommunen, in denen Jugendliche konkret an der Gestaltung von Bürgerparks, Grünflächen

und anderen öffentlichen Plätzen beteiligt worden sind, werden diese Orte nicht nur von der Jugend selbst besser angenommen und wird mit ihnen pfleglicher umgegangen. Auch wurde deutlich, dass es viele Überschneidungen und gemeinsame Interessen mit anderen sozialen Gruppen wie Seniorinnen und Senioren oder Familien mit Kindern gibt, wenn alle gleichermaßen die Möglichkeit haben, ihre Ideen einzubringen und sich gegenseitig zuhören.

DIALOGE ERMÖGLICHEN

Zu dieser Art von Kontakt und Austausch zwischen Politik und Jugend muss es allerdings auch erst einmal kommen; so haben zwar in allen 16 Referenzkommunen Jugendforen, Jugendkonferenzen oder Zukunftswerkstätten stattgefunden, zu denen auch Politiker/-innen eingeladen waren, jedoch nutzten diese auf sehr unterschiedliche Arten und Weisen diese wichtige Plattform, um mit den Anliegen und konkreten Vorstellungen der jugendlichen Teilnehmenden ins Gespräch zu kommen. Während in vielen Kommunen die anwesenden Entscheidungsträger/-innen aus der Politik die Anliegen ausführlich mit den Jugendlichen besprachen und sie in Teilen direkt, in Teilen später umsetzten, so nutzten andere Politiker/-innen die jeweilige Beteiligungsform entweder lediglich für den Wahlkampf oder verstanden Beteiligung eher im Sinne einer Anhörung, deren Ergebnisse nicht als Arbeitsauftrag verstanden wurden. Dort, wo Jugendlichen im Rahmen einer Beteiligungsveranstaltung nicht nur zugehört wurde, sondern wo ihnen eine grundsätzliche Offenheit bei gleichzeitiger Verbindlichkeit, sich weiterhin für die Anliegen einzusetzen, entgegengebracht wurde und es zu Follow-Up-Veranstaltungen und weiteren, auch informellen Treffen mit der Kommunalpolitik kam, dort schätzen nicht nur die Jugendlichen das gute Verhältnis mit Politiker/-innen. Auch Politiker/-innen selbst geben an, viel für ihre eigene

Arbeit gelernt zu haben und vom Perspektivwechsel und der positiven Energie der Beteiligungsveranstaltungen profitiert zu haben.

Ein Hemmnis für die aktive Teilnahme politischer Entscheidungsträger/-innen an Jugendforen und Jugendkonferenzen oder auch der regelmäßige Austausch mit Jugendparlamenten oder anderen Gruppierungen junger Engagierter ist auch, dass Politiker/-innen befürchten, der Jugend aus Sachzwängen, zum Beispiel finanziellen oder kommunalrechtlichen Gründen nicht gerecht werden zu können und sie deshalb in eine eher abwehrende Haltung gegenüber jugendlichen Anliegen geraten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Jugendliche nicht verlangen, dass alles sofort und genau so, wie sie es wollen, umgesetzt wird; vielmehr wünschen sie sich Transparenz und einen guten Informationsfluss und schätzen einen offenen Umgang wert, der Grenzen des Machbaren zeigt, aber sich auch bemüht, diese Grenzen weitest möglich aufzuweichen und Improvisation zu wagen. Wo ist Spielraum in der Kommunalverfassung möglich und wo können pragmatische und innovative Lösungen gefunden werden, die über Parteigrenzen hinausgehen?

WIE POLITIK VON JUGENDGERECHTIGKEIT PROFITIERT

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs, aber auch des immer größer werdenden Wunsches der Zivilgesellschaft, öffentliches Leben noch aktiver mitgestalten zu dürfen, können die Bedürfnisse und Lebenslagen junger Menschen in der Kommune nicht vernachlässigt werden, ohne dass dies sich negativ auf diese auswirkt: Fühlen Jugendliche sich wohl in ihrer Kommune, werden sie von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ernst genommen, werden sie nicht nur angehört, sondern dürfen mitentscheiden und die Ergebnisse dieser Entscheidungen miterleben, so spiegelt sich dies nicht nur in einem positiven Verhältnis zum Heimatort, sondern auch in einem positiven Staats- und Gesellschaftsbild junger Menschen wider. In Gemeinden, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, zeigt sich, dass Jugendgerechtigkeit in all ihren Dimensionen auch als sogenannter ‚demografischer Haltefaktor‘ zu betrachten ist. Das heißt nicht nur, dass Jugendliche sich einfach dafür entscheiden, in ihrer Kommune zu bleiben,

sondern auch, dass sie für Ausbildung und Studium vielleicht in eine andere, meist urbanere Gegend ziehen, aber später als hochwillkommene Fachkräfte und junge Eltern zurück in ihre Heimat kommen und dort Zivilgesellschaft mitgestalten. Nicht zuletzt sind Jugendliche keine isolierte soziale Gruppe: Jugendliche haben – wie Kinder – Eltern und Verwandte, denen sie am Herzen liegen. Wenn sich eine Kommune um ihre Jugendlichen kümmert, kümmert sie sich auch um deren Familien. In dieser Schnittmenge zwischen den Bedürfnissen junger Menschen und den Handlungsfeldern, durch die sich Politik herausgefordert fühlt, liegt eine große Chance für eine lebendige Kommune, in der alle Generationen gut miteinander leben.

Schlussfolgerungen

Da Kommunen in Deutschland sehr unterschiedlich sind, sind manche der Gelingensbedingungen für den jeweiligen Kontext vor Ort nicht so relevant wie andere. Und trotz dieser Unterschiedlichkeit gibt es Herausforderungen, denen sich jede Kommune auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit stellen muss. Mithilfe von Impulsfragen können Kom-

munen, die sich selbst auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit machen wollen, ihre Ausgangsbedingungen dafür überprüfen. Diese Thesen und Fragen dienen als geeignete Startpunkte, um Klarheit über die nächsten Schritte und die mögliche Ausrichtung eines Prozesses zu erhalten.



JUGENDGERECHTIGKEIT IST MEHR ALS JUGENDBETEILIGUNG.

Wenn sich Kommunen mit dem Thema Jugendgerechtigkeit beschäftigen, ist Jugendbeteiligung meist ganz oben auf der Liste. Das ist auch gut so, es reicht aber nicht aus: Jugendgerechtigkeit heißt auch, dass Politik und Verwaltung selbstkritisch die eigenen Strukturen betrachten und verändern. Wird dieser Arbeitsschritt ausgelassen, kann Jugendbeteili-

gung nur schwer andocken. Die gemeinsamen Ziele im Bereich Jugendgerechtigkeit können nur erreicht werden, wenn alle Gruppen ihre Hausaufgaben machen und sich für die jeweils anderen Gruppen öffnen, um ein wirksames Miteinander zu ermöglichen.



JUGENDLICHE SIND MOTIVIERT.

In jeder Kommune finden sich Jugendliche mit Gestaltungswillen. Sie wissen ziemlich genau, welche Anliegen sie haben und wie sich ihre Lebensqualität steigern lässt – und auch dann, wenn sie es nicht direkt formulieren können, so haben sie doch ein Gefühl dafür, das entsprechend durch die Unterstützung von Fachkräften Ausdruck finden kann. Die Herausforderung besteht darin, diese Motivation für kommunale

Politik zu nutzen und jugendliche Interessen nicht als potentiellen Stör- und Kostenfaktor auszublenden. Wer Bereitschaft zum ernsthaften Dialog und Kreativität mitbringt und engagierten Jugendlichen eine Struktur zur Seite stellt, wird nicht nur die eigene Kommune jugendgerechter machen, sondern auch die Identifikation mit der Kommune bei Jugendlichen und ihnen nahestehenden Personen fördern.



FACHKRÄFTE IM JUGENDBEREICH BRAUCHEN GUTE RAHMENBEDINGUNGEN.

In vielen Kommunen ist die Stellensituation im Jugendbereich (sowohl beim öffentlichen Träger als auch bei den freien Trägern) wenig attraktiv: Einerseits sind viele Stellen befristet und nur in Teilzeit finanziert, andererseits beansprucht die Umsetzung des gesetzlich verankerten Betreuungsanspruchs viele Ressourcen in der Verwaltung. Jugendpolitik gerät hingegen sowohl bei Politik als auch bei Verwaltung leicht aus der Aufmerksamkeit und wird – auch

aufgrund der niedrigen Regelungsdichte für Jugendangebote – nachrangig bearbeitet. Wenn Fachkräfte bei freien Trägern prekär und befristet beschäftigt werden, erhöht dies die Personalfuktuation und erschwert kontinuierliches Handeln sowie die wichtige Beziehungsarbeit. Dies schafft schwierige Rahmenbedingungen für die Personengruppen, die mit dem Thema Jugendgerechtigkeit am meisten zu tun haben.



JUGENDGERECHTIGKEIT MUSS ALS PROFESSIONELLE HALTUNG ETABLIERT WERDEN.

Wenn eine Kommune wirklich jugendgerecht geworden ist, zeigt sich das in der Haltung von Politik, Verwaltung und Fachkräften: Werden die Interessen und Anliegen Jugendlicher mitgedacht? Ist man im Austausch mit Jugendlichen vor Ort? Sind die Wege zwischen den Personen, die mit Jugend-

anliegen beschäftigt sind, bekannt? Werden Jugendanliegen aufgegriffen? Diese Verhaltensweisen sind Ausdruck einer Haltung, die Jugendliche als aktive Bürgerinnen und Bürger einer Stadt begreift und ihr Engagement schätzt und unterstützt.



JUGENDGERECHTIGKEIT IST EIN LANGFRISTIGES VORHABEN, BEI DEM AUCH KLEINE ERFOLGE GEFEIERT WERDEN MÜSSEN.

Die vielfältigen Ausdrucksformen von Jugendgerechtigkeit sind nicht über Nacht umzusetzen, sondern müssen erarbeitet und eingeübt sein. Der Kontakt über Ressort- und Berufsgrenzen hinweg, für und mit Jugendlichen, ist auch Beziehungsarbeit, die Vertrauen und Zeit benötigt. Wer sich

auf den Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit einlässt, braucht Ausdauer, verlässliche Partnerinnen und Partner und eine große Veränderungsbereitschaft. Umso wichtiger ist es, auch kleine Erfolge und Fortschritte zu markieren, zu würdigen und zu feiern.



RESSORTÜBERGREIFENDES HANDELN BLEIBT EINE ZENTRALE HERAUSFORDERUNG.

Jugendpolitisch ist die Notwendigkeit für ressortübergreifendes Handeln unbestritten. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den Formulierungen der Kommunalverfassungen, die vorsehen Jugendliche an allen sie betreffenden Themen zu beteiligen – entweder verpflichtend wie in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Hamburg oder Brandenburg, oder zumindest als Soll-Bestimmung wie in den meisten anderen Bundesländern. In der kommunalen Praxis zeigt sich aber, dass jugendliche Interessen und Anliegen außerhalb des Jugendressorts nur selten berücksichtigt werden. Es ist daher zentral für die Entwicklung einer jugendgerechten Kommune, Anlässe zur Einbindung weiterer Ressorts zu erkennen und die notwendigen Verbindungen herzustellen – entweder

über den direkten Kontakt oder über die Verwaltungsspitze. Darauf aufbauend können dann systematische Austauschrunden zu jugendrelevanten Themen in verschiedenen Abteilungen geschaffen werden, in denen auch Wissen über die Lebensphase Jugend geteilt werden sollte. Wenn sich dieses Wissen auch außerhalb des Jugendressorts verbreitet, werden jugendrelevante Themen künftig mit höherer Wahrscheinlichkeit identifiziert und entsprechend bearbeitet werden können.



JEDE KOMMUNE IST ANDERS. JA, AUCH IHRE.

Es gibt nicht den einen Weg, den einen Plan für mehr Jugendgerechtigkeit. Es gibt keine Checklisten, die abgearbeitet werden können. Es gibt keine abschließende Definition, wann genau eine Kommune jugendgerecht ist. Die konkreten Ausdrucksformen von Jugendgerechtigkeit sind so unterschiedlich wie jede der über 11.000 Kommunen in Deutschland. Die Erfahrungen aus dem Prozess *Jugendgerechte Kommune* sind daher Impulse und Anregungen, welche Fragen und Aspekte die eigene Befassung mit dem Thema Jugendgerechtigkeit unterstützen können. Der Blick in andere Kommunen

hilft dabei, neue Methoden und Argumente zu finden. Der Austausch mit anderen Kommunen kann zu einer besseren Einordnung der eigenen Arbeit führen. Der Blick auf andere Kommunen kann aber auch dazu führen, sich zu vergleichen – und im Vergleich gefühlt nicht gut dazustehen. Dabei gerät schnell aus dem Blick, wie unterschiedlich die kommunalen Rahmenbedingungen sind – und dass sich jede Kommune letztlich am besten mit sich selbst vergleichen kann. Denn jede Kommune ist anders und benötigt einen eigenen Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit.

Impulse für den eigenen Kommunalprozess

Jugendgerechtigkeit auf der kommunalen Ebene ist ein lohnenswertes Unterfangen: Jugendgerechte Kommunen berücksichtigen die Bedürfnisse einer meist eher übersehenen Bevölkerungsgruppe und legen den Grundstein für eine aktive, mit der Heimatkommune identifizierte Bürgerschaft. Um den Prozess in der eigenen Kommune zu starten, ist es hilfreich, zunächst die richtigen Fragen zu stellen und zu analysieren, wo man eigentlich genau steht. Auf Grundlage der Erfahrungen der Referenzkommunen bieten sich mit Blick auf die Rahmenbedingungen, Ressourcen und Strukturen den Akteuren in einer Kommune folgende Impulsfragen an:

GRUNDVORAUSSETZUNGEN

- Welche Netzwerke und Bündnisse gibt es in der Stadt bereits, die sich mit dem Thema Jugend beschäftigen? Wer ist dort involviert?
- Welche Akteure in Politik, Verwaltung und Fachkräften sind für das Thema Jugendgerechtigkeit zu gewinnen? Welche Jugendlichen bzw. Jugendorganisationen sind ansprechbar und am Thema interessiert? Welche Organisationen und Personen müssen eingebunden werden?
- Wo haben Jugendliche Berührungspunkte mit unserer Politik, unserer Verwaltung, unseren Fachkräften?
- Was soll sich aus Sicht der beteiligten Akteure (Jugend, Fachkräfte, Politik und Verwaltung) verändert haben, wenn die Kommune jugendgerecht geworden ist?

WISSEN UND VERSTÄNDNIS

- Was wissen wir über die Lebenswelt Jugendlicher in unserer Kommune?
- Wie werden Wissen, Fähigkeiten und Ergebnisse zu den Lebenswelten junger Menschen, zu Beteiligungsformaten und zu Absprachen in der Kommune gesichert?
- Wann und wo können sich Jugendliche wie und woran beteiligen?

STRUKTUREN UND AUSSTATTUNG

- Welche Mittel stellt die Kommune für das Thema Jugend zur Verfügung? Wofür werden diese Mittel verwendet und wo wird über die Mittelverwendung entschieden?
- Wie viele und welche Personen sind hauptberuflich mit der Unterstützung von Jugend im Ort befasst?
- Welche Regelungen und Strukturen in der Kommune stärken Jugendinteressen und deren Berücksichtigung in der Kommune?
- Wie werden Veranstaltungen, Sitzungen und Partizipationsformate attraktiv(er) für Jugend?
- Welche Räume in der Kommune können Jugendliche frei und selbstbestimmt nutzen? Welche Jugendlichen nutzen diese Freiräume?

KOMMUNIKATION UND KOOPERATION

- Wie kommunizieren wir als Politik und Verwaltung mit den jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohnern?
- Welche jugendpolitischen Angebote und welchen Rahmen setzt die Landespolitik und die Landesgesetzgebung (z.B. Kommunalverfassung, Jugendstrategie, Förderprogramme, ...)?
- Welche Schulen sind in der Kommune, und welche Kontakte gibt es zum Jugend(hilfe)bereich?
- Wie wird über junge Menschen in der Kommune medial berichtet? Was tragen wir zu dieser Berichterstattung bei?

Diese Leitfragen können als Grundlage für die Prozessarbeit auf dem Weg zu einer jugendgerechten Kommune dienen. Einen weiterführenden systematischen Leitfragenkatalog als Analyse- und Planungsinstrument für eine jugendgerechte Kommunalentwicklung bietet die Koordinierungsstelle online unter werkzeugbox.jugendgerecht.de an.

Informationen und Hintergrund

Werkzeugbox

Um das Ziel der jugendgerechten Kommune zu verwirklichen, kann man sich auf viele Hilfestellungen berufen, die bereits veröffentlicht worden sind. Material und Lektüre zu kommunalen Fragestellungen bietet die Werkzeugbox Jugendgerecht werden, welche allen Interessierten online zur Verfügung steht. In diesem Angebot werden zahlreiche praxisnahe Inhalte bereitgestellt, die Jugendliche, Fachkräfte sowie Politik und Verwaltung dabei unterstützen können, jugendgerechte Themen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Es werden zum Beispiel gute Argumente für mehr Partizipation sowie unterschiedliche Jugendbeteiligungsformate für verschiedene Ebenen vorgestellt. Handlungsmöglichkeiten für Politik und Verwaltung werden hier genauso mit Werkzeugen unterfüttert wie die Unterstützungsmöglichkeiten von Fachkräften für Jugendliche. So finden sich unter anderem

Materialtipps zu den Bereichen Selbstorganisation von Jugend, europäische Mobilität, Inklusion, Beteiligung geflüchteter Jugendlicher sowie zur Umsetzung Eigenständiger Jugendpolitik vor Ort. Auch Werkzeuge zur politischen Bildung, zur Netzwerkarbeit und zu Perspektiven für die Zeit nach einem Studienabbruch sind in die Werkzeugbox aufgenommen worden. Unter den derzeit über 200 im Internet verfügbaren Quellen finden sich auch methodische Anregungen dazu, wie jugendrelevante Orte sichtbar gemacht werden können, wie man Jugendliche an der Stadtentwicklung beteiligen kann und wie Strategien für eine nachhaltige Jugendhilfeplanung entwickelt werden können. Die Sammlung von Empfehlungen mit Methoden und Handreichungen sowie Argumentationshilfen bündelt Wissen für alle, die sich für die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher einsetzen.

DIE WERKZEUGBOX IST ALS DIGITALES ANGEBOT VERFÜGBAR UNTER www.werkzeugbox.jugendgerecht.de

Materialien aus dem Prozess Jugendgerechte Kommunen

Zudem stehen in der Werkzeugbox auch Materialien aus dem Prozess Jugendgerechte Kommunen bereit, um die Gestaltung kommunaler Prozesse für Jugendgerechtigkeit zu unterstützen.

Materialbeispiel:

Leitfragenkatalog als Ausgangspunkt einer jugendgerechten Kommunalentwicklung

Um den heterogenen Herausforderungen und Besonderheiten von Kommunen gerecht zu werden, braucht es für jede Kommune einen eigenen Prozess auf dem Weg zu mehr Jugendgerechtigkeit. Dieser umfasst im Wesentlichen vier methodische Schritte: Bestandsaufnahme, Zielentwick-

lung, Umsetzung und Fortschreibung. Grundlegend ist eine IstStand-Analyse – zur Feststellung von Handlungsbedarfen und zur Zielsetzung. Anhand der bereitgestellten Leitfragen bereiten die Prozessverantwortlichen in der Kommune unter Mitwirkung von Jugendlichen und in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren den Ist-Stand auf. Im Anschluss erstellt die Kommune einen Prozessplan, der sich an konkreten, realistischen Zielen orientiert. Diese kurzfristigen und langfristigen Ziele können anhand der Handlungsfelder der Merkmale jugendgerechter Kommunen untergliedert werden, die ebenfalls in der Werkzeugbox abrufbar sind. Dies ist der Einstieg in einen Prozess zur nachhaltigen jugendgerechten Kommunalentwicklung.

Rahmen und Partner*innen

JUGENDSTRATEGIE HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT – 2015-2018

Die Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) orientierte sich an den Grundsätzen der Eigenständigen Jugendpolitik und stand unter dem Leitmotiv *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft*. In den vier zentralen Handlungsfeldern der Jugendstrategie ging es um wirkungsvolle Jugendbeteiligung, Zeiten und (Frei-)Räume, Perspektiven und Teilhabe sowie vielfältige Jugendbilder. Mit der Jugendstrategie wurden die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener für Politik und Gesellschaft sichtbar.

Für die Prozessbegleitung der Koordinierungsstelle *Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft* in Trägerschaft

der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ wurde ein Planungsstab eingerichtet. Die Entwicklungen in den Referenzkommunen sowie Meilensteine und Herausforderungen im Prozess Jugendgerechte Kommune wurden dort regelmäßig beraten und fortentwickelt. Dem Planungsstab gehörten von 2015 bis 2018 folgende Institutionen und Organisationen an: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesjugendkuratorium, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag, Deutsches Jugendinstitut, JUGEND für Europa, Oberste Landesjugendbehörden.

IN GEMEINSAMER VERANTWORTUNG: POLITIK FÜR, MIT UND VON JUGEND – DIE JUGENDSTRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG

Die Bundesregierung hat inzwischen mit allen Ressorts eine gemeinsame Jugendstrategie entwickelt – denn Maßnahmen in allen Politikfeldern können Auswirkungen auf junge Menschen haben. Ein Kabinettsbeschluss vom 3. Dezember 2019, in dem sich die gesamte Bundesregierung verbindlich zur gemeinsamen Verantwortung für die Jugend bekennt, markiert den Startschuss in den Umsetzungsprozess der Jugendstrategie.

Ziel ist es, die junge Generation an Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen, und jungen Menschen bestmögliche Bedingungen zu bieten, die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern. Die Realisierung der Jugendstrategie, die im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode enthalten ist, erfolgt entlang zentraler Handlungsfelder, die von besonderer Relevanz für junge Menschen sind. Weitere Informationen: www.bmfsfj.de/jugendstrategie

ARBEITSSTELLE EIGENTSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ führt aufbauend auf die Erkenntnisse der Koordinierungsstelle seit Januar 2019 das Projekt jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik durch. jugendgerecht.de ist Partner im Prozess der Weiterführung einer Eigenständigen Jugendpolitik im Rahmen der Jugendstrategie der Bundesregierung.

Das Projekt bündelt Informations- und Vernetzungsangebote, befördert den jugendpolitischen Diskurs und richtet sich an die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Die Arbeitsstelle

entwickelt die Eigenständige Jugendpolitik weiter, um die politische Bedeutung der Lebensphase Jugend und das politische und gesellschaftliche Engagement dafür zu stärken. Im AGJ-Positionspapier *Jugend braucht mehr – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken* (AGJ, Juli 2020) werden jugendpolitische Entwicklungsprozesse und aktuelle Forderungen für mehr Jugendgerechtigkeit zusammengeführt.

Weitere Informationen: www.jugendgerecht.de

Impressum

Diese Publikation ist unter Mitwirkung der Akteure aus allen 16 Kommunen entstanden, die sich am Prozess Jugendgerechte Kommunen im Rahmen der Jugendstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015–2018) beteiligt haben.

HERAUSGEBER

jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

T +49 30 40040-235

F +49 30 40040-232

jugendgerecht@agj.de



RECHTSTRÄGER

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e. V.

V. I. S. D. P.:

Franziska Porst

REDAKTION

Dr. Anna Grebe

Nils Rusche

Heidi Schulze

GESTALTUNG

Annika Hübner Design

www.annikahuebner.de

August 2020, Neuauflage

EIN PROJEKT DER



GEFÖRDERT VOM



